

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16.— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 4,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Erschließung bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., einschließlich Salva-Kaufschlag, per Viertel für Deutschland und Österreich 30.— M. Probenkosten, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 26.

Die achtgrößte Annoncenstelle über deren Raum kostet 2.— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Geben-Befunde 3,00 M. netto pro Zeile. Geben-Befunde in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4635, 4640, 4621

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Block der Steuerheuen

1. Die Steuerfrage — eine Existenzfrage der Arbeiterklasse

Steuerfragen sind immer Machtfragen. Stets hat die Bourgeoisie den größten Teil der Lasten zur Erhaltung der staatlichen Machtorganisation ihrer Klassenherrschaft auf die Besitzlosen abzuwälzen versucht. Nie ist aber der Kampf gegen die Besitzsteuern zäher und raffinierter geführt worden als seit der politischen Machtverschiebung nach dem 9. November, die die Besitzenden in Gefahr brachte, wirklich Steuern zahlen zu müssen. Neben dem direkten Angriff auf die angeblich verfehlte Steuerleggebung trat die systematische und emsige Arbeit zur Ausschöpfung dieser Gesetzgebung mit Hilfe der Verwaltung. Denn die Bourgeoisie weiß, wie leicht es ist, auch das unangenehmste Gesetz unwirksam zu machen, wenn man nur über die Verwaltung verfügt. Daher ihr zäher Kampf um die Beherrschung der Verwaltung. Ist die Bourgeoisie im Gegensatz zu den breiten Schichten des Proletariats seit der Revolution politisch immer aktiver geworden, läßt sie bei jeder Wahl all ihre Machtmittel spielen, um die Gesetzgebung zu beherrschen, so kämpfen ihre Vertreter nicht minder hartnäckig um jede einzelne Stelle in der Verwaltung. Denn das Gesetz sieht zunächst nur auf dem Papier, erst die Verwaltung setzt es in Wirklichkeit um.

Die Arbeiterklasse aber hat fürwahr allen Grund, diesem Kampf all ihr Interesse zuzuwenden. Denn noch nie waren Steuerfragen für das Proletariat so wichtig wie heute. In normalen Zeiten war die Steuer vor allem eine finanzielle Angelegenheit. Sie bedeutete für den Arbeiter, Angestellten oder Beamten eine Minderung des ohnehin spärlichen Einkommens. Die gewerkschaftlichen Erfolge wurden durch Steuern, die das Arbeitseinkommen trafen, zum Teil wieder konfisziert, die Verbesserung der Lebenshaltung erschwert und verzögert. Heute fallen die Steuern nicht nur finanziell ins Gewicht und zwar in weitaus größerem Umfange als je. Heute sind nicht nur zu den indirekten die direkten Steuern getreten, die in einem früher ganz unbekannten Ausmaße das Arbeitseinkommen treffen, das für die weitesten Kreise weit unter dem Existenzminimum zurückbleibt. Die Steuerfrage ist heute direkt zur ökonomischen Lebensfrage für das Proletariat geworden. Das Defizit im Staatshaushalt, das im wesentlichen nur durch die Steuern gedeckt werden kann, wird in dem Umfange, in dem die Steuern nicht eingehen, durch immer vermehrte Notenausgabe ausgeglichen. Dies bewirkt ein beständiges Steigen der Preise. Die Kaufkraft des Lohnes sinkt immer mehr und bleibt hinter der Preiserhöhung zurück. Während die Preise um das Zwanzigfache und mehr sich erhöhten, sind die Löhne im besten Falle um das Fünft- bis Zehnfache gestiegen. Das bedeutet an sich eine akute absolute Verelendung der deutschen Arbeiterklasse, es bedeutet aber weiter eine Verengerung des inneren Marktes. Die Massenkonsumartikel können nicht mehr abgesetzt werden, die Produktion wird verringert. Das bedeutet Arbeitslosigkeit in großem Umfange, damit aber auch eine Verschlechterung der Stellung der Arbeiterschaft im Lohnkampf. Immer schwieriger wird es für die Gewerkschaften, das Sinken der Kaufkraft durch Erringung von Lohnhöhungen wettzumachen. Der Abstand zwischen Lohn und Preis wird immer größer, dadurch verschärft sich die Krise, damit wieder die Arbeitslosigkeit. In diesem Elendskreis ist heute das Schicksal der Arbeiterklasse eingeschlossen.

So ist heute die Steuerfrage nicht mehr wie im Frieden die Frage nach dem Anteil der einzelnen Klassen an der Aufbringung der Kosten für den Staatshaushalt, sondern die Einziehung der Steuern ist entscheidend für die ökonomische Lage aller arbeitenden Schichten geworden. Und da die Verelendung der Arbeiter durch die bisherige Steuerpolitik eine so außerordentliche geworden ist, müssen heute die Steuern auch von den Besitzenden aufgebracht werden, und die Weigerung der Besitzenden, Steuern zu zahlen, ist ein unmittelbares Attentat auf die Lebenshaltung jedes einzelnen Arbeiters.

Das hindert aber die bestehenden Klassen, alle bürgerlichen Parteien und fast die gesamte bürgerliche Presse nicht, alles daranzusetzen, um die Besitzsteuern zu bekämpfen und ihre Ausführung zu sabotieren.

2. Die Sabotage der Besitzsteuern

Der Widerstand der deutschen Bourgeoisie gegen die Besitzsteuern begann schon im Kriege. Während in England und in Amerika die Einkommensteuerverläufe bis auf 60 Prozent erhöht, die Erbschaftsteuer außerordentlich schärf angezogen wurde, verhinderte der verruchte Helfferich jede wirkliche Besitzsteuerverpolitik, um die Stimmung für die Kriegsverlängerung nicht abzuschwächen. Erst im Jahre 1918 wurde eine Kriegsgewinnsteuer geschaffen, die 1917 und 1918 etwas verschärft wurde. Aber diese Kriegsgewinnsteuer wurde in Wirklichkeit völlig auf den Staat, dem sie zugute kommen sollte, abgewälzt. Je länger der Krieg dauerte, desto gewaltiger und dringlicher wurde der Materialbedarf des

Pfuscharbeit in Paris

Eine ernste Wendung

Paris, 28. Januar.

Nach einem nichtoffiziellen Bericht der Havas-Agentur haben die Mitglieder der gestern eingesetzten Kommission, der die Aufgabe gestellt war, einen Kommissionsentwurf in der Reparationsfrage auszuarbeiten, sich um 11 Uhr am Quai d'Orsay versammelt. Im Bericht heißt es weiter: die belgischen Delegierten Jaspars und Theunis haben gestern Abend einen Vertragsentwurf ausgearbeitet, der als *vermittelnd* bezeichnet wird und im Laufe der heutigen Vormittagsitzung diskutiert werden soll. Hiernach soll Deutschland für die nächsten Jahre Jahreszahlungen leisten, für die ein Maximum und ein Minimum festgesetzt werden soll. Das Maximum beträgt 6 Milliarden Goldmark, das Minimum 3 Milliarden. Deutschland werde dadurch die Möglichkeit haben, je nach seinen Fähigkeiten Zahlungen zu leisten. Es handelt sich offenbar um den Plan, den gestern Abend Briand als „ausdehnungsfähige Annuität“ bezeichnete. Die beiden belgischen Delegierten sollen vor der Sitzung eine Unterredung mit den englischen Delegierten gehabt haben, und man will wissen, daß Jaspars gesagt habe: ich glaube, wir haben gute Arbeit geleistet. In Konferenzkreisen glaubt man, daß im Laufe der heutigen Konferenzberatung eine Lösung in dem angedeuteten Sinne erzielt werden wird.

Bestätigt sich diese Mitteilung, so haben damit die Verhandlungen in Paris für Deutschland eine ernste und sehr ungünstige Wendung genommen. Die Forderung von Jahreszahlungen, die sich zwischen drei und sechs (1) Milliarden Goldmark in den nächsten Jahren bewegen sollen, übersteigt alles, was selbst von französischer Sachverständiger Seite noch bis vor einigen Tagen für möglich gehalten wurde. Man sprach da von einer Zahlung von 15 Milliarden innerhalb der nächsten fünf Jahre als Höchstsumme. Dabei machte aber z. B. der „Temps“ schon Zweifel geltend, ob Deutschland in den nächsten Jahren die Rate von drei Milliarden werden leisten können. Er schlug vor, daß für das erste Jahr 1½, für das zweite 2½ und für die letzten drei Jahre je 4 Milliarden gefordert werden sollten. Die Leistung von drei Milliarden erschien also auch dem „Temps“ für die erste Zeit unmöglich. Jetzt soll diese Leistung unter Umständen sogar noch erhöht werden. Soll wirklich die ökonomische Einsicht vollständig vor dem Nationalismus der französischen und belgischen Kammer kapitulieren?

Die deutsche Regierung hat sich unter bestimmten Voraussetzungen bereit erklärt, auf den Vorschlag der Entente, zunächst nur für die nächsten Jahre die Höhe der Entschädigung festzusetzen, einzugehen. Das bedeutet eine Abänderung des Friedensvertrages, zu dem die Zustimmung aller Beteiligten, also auch Deutschlands, notwendig ist. Denn der Friedensvertrag bestimmt, daß bis zum 1. Mai die Gesamtsumme der deutschen Verpflichtung festgesetzt wird. Der Verzicht auf diese Festsetzung bedeutet für Deutschland eine Fortdauer der Unsicherheit über die Größe seiner Verpflichtungen, die seine Kreditfähigkeit und damit sein ganzes Wirtschaftsleben außerordentlich beeinträchtigt. Der Ver-

zicht verliert jeden Sinn, wenn die Zahlung für die nächsten Jahre in so phantastischer Höhe festgelegt wird und sich die Entente noch dazu einen willkürlichen Spielraum von 15 Milliarden für Steigerungen freiläßt. Denn das würde jede Wiederherstellung des deutschen Kredits verhindern. Nun weiß aber auch jeder Einsichtige in den Ententeländern, daß damit die schwere Weltkrise, die bereits eingetreten ist, zu einer dauernden würde, da die Ausschüttung des ausnahmsfähigen deutschen Marktes für die anderen Länder verheerende Folgen haben muß. Herr Jaspars soll sich gerührt haben, „gute Arbeit“ geleistet zu haben. Wir möchten meinen, daß noch nicht einmal elende *Fleißarbeit* geleistet worden ist.

Eine andere Darstellung

Paris, 28. Januar.

Der diplomatische Mitarbeiter der Havas-Agentur berichtet über die heutige Vormittagsitzung des Ausschusses: Die Sitzung dauerte 2½ Stunden. Von den französischen und belgischen Delegierten wurden verschiedene Vorschläge unterbreitet. Nach einer langen Erörterung sahien man endlich als Verhandlungsbasis das folgende Zahlungssystem festgesetzt zu haben. Deutschland soll zuerst und vierzig Jahre Zahlungen leisten, die in den ersten fünf Jahren je drei Milliarden Goldmark betragen, in den darauffolgenden fünf Jahren je sechs Milliarden Goldmark und in den 32 kommenden Jahren je sieben Milliarden Goldmark. Das sind die Grundzüge des Abkommens von Boulogne. Außerdem soll von Deutschland die Zahlung von Annuitäten verlangt werden, die sich nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit berechnen, indem ihm eine Steuer auf seine Umsätze in Höhe von 19—15 Prozent auferlegt wird. Diese Steuer soll von der Reparationskommission erhoben werden. Dieser Vorschlag geht von dem belgischen Delegierten bei der Reparationskommission de la Croix aus.

Um Deutschland zu einer rascheren Regelung seiner Schulden zu veranlassen, soll ihm für Vorauszahlungen bis zu 8 Prozent Diskont bewilligt werden. Der Ausschuss hat berechnet, daß das aufgestellte System 100 bis 150 Milliarden Goldmark erzielen würde, an Stelle der 65 Milliarden Goldmark, die das Abkommen von Boulogne vorsieht. Die englischen Delegierten hätten, da Lord Althornon gesagt habe, der Plan stelle einen Fortschritt dar, den Entwurf mit Sympathie aufgenommen. Sie hätten sich ihren Entschluß vorbehalten bis sie Lord George Bericht erstattet hätten, weil das vorgeschlagene System einen Zusatz zu dem Boulogner Abkommen darstelle. Der Ausschuss hat sich alsdann bis ¼ Uhr nachmittags vertagt. Die Nachmittagsitzung ist nicht pünktlich eröffnet worden. Ministerpräsident Briand hatte vorher eine Unterredung mit Lord George und Lord Curzon. Erst nach 4 Uhr ist Briand am Quai d'Orsay angekommen und mit ihm die englischen Delegierten. Die Sitzung hat alsdann begonnen. Wie von anderer Seite mitgeteilt wird, glaubt man nicht, daß die Konferenz heute noch eine Plenarsitzung abhalten werde.

Auch diese Vorschläge bedeuten eine so außerordentliche Belastung der deutschen Wirtschaft und lassen der Willkür künftiger Erhöhungen so weiten Spielraum, daß sie als geradezu rüdnös bezeichnet werden müssen.

Reiches, desto höher wurden die Preise, die die Kriegsindustrie verlangte und bewilligt bekam. Die Steuern wurden einfach von den Kriegsgewinnlern in den Preis einfalluliert und so vom Staate den Kriegsindustriellen rückvergütet. Helfferichs Besitzsteuern waren nichts als eine Attrappe, eine freche Täuschung des Volkes.

Der Krieg ging zu Ende. Die Bemühungen unserer Volksbeauftragten, sofort Besitzsteuern diktatorisch zu dekretieren, die damals — bei noch nicht entwertetem Gelde — selbst bei mäßigeren Sätzen weitaus höhere Erträge gebracht hätten, scheiterten an dem Widerstand des von den Rechtssozialisten im Ministerium gehaltenen demokratischen Vertreters der Kapitalinteressen, Schiffer, scheiterten an dem Stumpfsinn, erst die Beschlüsse der Nationalversammlung abwarten zu wollen. Kostbarste Zeit ist damals verloren, nicht wieder gutzumachender Schaden mit dieser Verzögerung angerichtet worden. Endlich gelang es Erzberger, seine Finanzreform dem damals noch ängstlichen und zitternden Bürgertum zu entreißen. Sie wurden Gehör, aber um so zäher setzt das Bürgertum und Junkertum mit dem Widerstand gegen die Durchführung ein. Das Finanzministerium des Dr. Wirth hat die Erhebung der sogenannten Besitzsteuern in vollständiger Weise nur bei den — Besitzlosen durchgeführt durch den 10prozentigen Steuerabzug, aber bei den Besitzenden bis heute fast gar nicht. Nicht genug daran! Die Durchführung der Besitzsteuern durch das Finanzministerium führt immer mehr dazu, die gesetzlichen Vorschriften zu einem großen Teil aus eigener Machtvollkommenheit, aber allerdings mit Zustimmung und unter dem Druck aller bürgerlichen Parteien, in weitem Maße außer Kraft zu setzen.

Wir haben neulich an der Hand der Abhandlung von Professor Bühler im Dezemberheft von „Wirtschaft und Recht“ nachgewiesen, wie die Geldentwertung und die Verzögerung der Steuereinzahlung auf die Kriegsgewinnabgabe und das Reichsnoteopfer gewirkt haben. „Es erregt seit längerem Erstaunen und da und dort Erbitterung im Inland, nachgerade aber auch Kopfschütteln im Ausland, sehen zu müssen, daß die Wirkung des mit so großen Voraussetzungen im Jahre 1919 eingeleiteten Steuerfeldzuges gegen die Kriegsgewinnler sich in Deutschland noch immer gar nicht zeigen will, daß es vielmehr ganz den Anschein hat, als ob niemand den Feldzug vernünftiger überleben werde als gerade die allerdiinsten Kriegsgewinnler, die doch nach den klaren Sätzen der Vermögenszuwachssteuer 1919 überhaupt vom Erdboden verschwinden ist.“ Bühler hat dieses Rätsel gelöst, indem er einmal zeigt, daß infolge der eingetretenen, vom Gesetzgeber nicht berücksichtigten Geldentwertung die hohen Steuererlöse auf mindestens ein Viertel ermäßigt wurden, so daß derjenige, der am Stichtage der Steuereinzahlung, dem 30. Juni 1919, etwa mit 80 Prozent seines Kriegsgewinnes veranlagt war, in Wirklichkeit nur 20 Prozent heute zahlen mußte. Das zweite Moment, das in der gleichen Richtung wirkte, ist die Verzögerung der Steuereinzahlung. Indem man den Kriegsgewinnlern ihr Geld bis heute größtenteils belassen hat, konnten sie die glänzende Konjunktur von 1919 und 1920 mit ihrem unermüdbaren Warenhunger, dem Kapitalsturz und den grenzenlosen Preisaufschlägen ausnützen, um die Steuern in die Preise einzufallulieren. Es ergibt sich, sagt Bühler: „ein großer Teil der Kriegsgewinnler braucht sich in der Tat über die Höhe der Vermögensabgabe nicht mehr aufzuregen, denn das Publikum hat sie ihnen im voraus in Gestalt von

Preisausschlägen auf viele Gebrauchsartikel bezahlt. Bis zu einem gewissen Grade gelten dieselben Gründe auch für das Reichsnotopfer. Auch hier sind infolge der Geldentwertung die ursprünglich vom Gesetzgeber festgesetzten Sätze gleichsam automatisch ermäßigt worden. Dazu kommen aber noch die außerordentlich komplizierten Bestimmungen — und da steht die Schuld der Finanzverwaltung ein — über die Bewertungsvorschriften, die jede wirkliche Kontrolle über die Richtigkeit der Angaben der Steuerpflichtigen fast unmöglich machen. Das Reichsnotopfer, das ursprünglich tatsächlich einen einschneidenden Eingriff zu bedeuten schien, ist also heute infolge der Geldentwertung, infolge der Verzögerung der Einhebung und infolge der außerordentlichen Liberalität der Wertermittlung durch die Finanzorgane eine durchaus erträgliche Last geworden. Ausdrücklich sagt Professor Bühler, der politisch rechtsstehend ist: „Deshalb muß ja auch jetzt die Wirkung sofortiger Zahlung eines größeren Teils des Reichsnotopfers, die man anfangs für sehr bedenklich gehalten hatte, als nicht mehr so einschneidend erscheinen.“

Ganz anders aber denken darüber die bürgerlichen Parteien und ihre Vertreter im Reichstag. Im Steueraus-schuss hat sich ein feiner Blod der Demokraten, Volksparteier und Deutschnationalen gebildet, dem sich neuerdings auch das Zentrum angeschlossen hat, unter Führung desselben Helfferich, der an der Zerrüttung der Staatsfinanzen die Hauptschuld trägt. Dieser Blod der Steuerhasser sucht mit allen Mitteln die wirkliche Erhebung der Besitzsteuern noch weiter zu sabotieren.

Schon im ursprünglichen Reichsnotopfer-Gesetz konnte nach § 43 bis zum 31. Dezember 1920 die Abgabe mit Kriegsanleihe bezahlt werden, die zum Nennwert zugerechnet war. Unterdessen wurde durch eine Verordnung des Reichsfinanzministers Wirth der Endtermin für die Annahme von Kriegsanleihen zum Nennwert auf den 31. Januar 1921 verschoben. Helfferich hatte die Freiheit, vorzige Woche im Steueraus-schuss zu beantragen, daß bis nach Ablauf eines Monats nach Zustellung des Abgabebescheides die Annahme von Kriegsanleihe zum Nennwert gestattet sei. Und die bürgerliche Mehrheit im Steueraus-schuss stimmte trotz Widerspruch des Finanzministers dem zu. Unterdessen ist aber Dr. Wirth umgefallen. Er will die Kriegsanleihe akzeptieren bis nach Ablauf eines Monats nach Zustellung des vorläufigen Steuerbescheides. Helfferich ist damit allerdings noch nicht zufrieden, da er als Termin die Zustellung des endgültigen Steuerbescheides fordert.

Es handelt sich dabei um einen Skandal, der nicht nur im Plenum des Reichstags, sondern vor allem draußen vor den arbeitenden Klassen gründlich beklagt werden muß. Die Kriegsanleihe steht etwa auf 77. Das bedeutet also, daß der Steuerpflichtige an jeden 100 Mark 23 Mark auf Kosten des Reiches erspart. Es wird ihm also fast ein Viertel seiner Steuer-schuld geschenkt. Das geschieht einfach durch eine Verordnung, die im Widerspruch zu dem § 43 des Gesetzes selbst steht. Die Verordnung ist völlig ungesetzlich. Aber sie ist dem Blod der Steuerhasser bequemer, weil er es sich so ersparen kann, diese Steuerdefraudation durch das dazu erforderliche Gesetz im Reichstag ausdrücklich beschließen zu lassen.

Damit aber nicht genug. Der Kurs von 77 ist ein ganz willkürlicher. Er wird nur aufrechterhalten durch eine Stützungsaktion des Reiches, die dem Reich noch große Verluste bringen kann. Das wird nur getan, um die Kriegsanleihehelfer (für die Kleinen ist es bedeutungslos, es handelt sich hierbei wiederum nur um die Großen) auf allgemeine Kosten vor Schaden zu schützen. Und jetzt benötigt man noch die Gelegenheit, um den Zeichnern der Kriegsanleihen ein völlig ungerechtfertigtes Steuerprivileg einzuräumen auf Kosten aller übrigen Steuerzahler. Es ist eine Schamlosigkeit, die sich da die Demokraten wie die Deutschnationalen, Zentrum wie Deutsche Volkspartei erlauben. Und die bürgerliche Regierung stimmt dem natürlich zu.

Aber auch damit noch immer nicht genug. Der Schaden, der das Reich trifft, beträgt durchaus nicht bloß 23 Mark. Der Staat braucht die Steuern, um damit Ausgaben bestreiten zu können, ohne neue Noten drucken zu müssen. Die Kriegsanleihe kann er in aller Regel nicht in Zahlung geben. Bekommt er Kriegsanleihe statt Bargeld, so erspart er zwar künftig jährlich 5 Mark für Verzinsung. Er verliert aber 100 Mark, die er sonst in Bargeld hätte bekommen müssen, und muß für diese 100 Mark neue Noten drucken. Das heißt also, die Inflation, die Notenvermehrung und ihre Folge, die Preisaufblähung, wird durch Abgabe von Kriegsanleihe nicht vermindert, der Hauptzweck der Steuereinkhebung nicht erreicht. Es ist also direkt eine Inflation, was die bürgerlichen Parteien, was ihre gerissenen und gefinkelten Vertreter im Ausschuss verüben. Und die bürgerlichen Zeitungen von der „Kreuzzeitung“ bis zum „Berliner Tageblatt“ — die „Frankfurter Zeitung“ bildet die einzige ehrenhafte Ausnahme — bedecken diese Schwellerei mit dem Mantel christlicher Nächstenliebe ebenso, wie Dernburg und Helfferich, Gothein und Stresemann in der Feindschaft gegen diese Besitzsteuer ein Herz und eine Seele sind. Die Arbeiter, die heute glauben, sich entweder um Politik nicht mehr kümmern zu brauchen, weil die Entwicklung anders gegangen ist, als sie sich es vorgestellt hatten, oder die anderen, die nichts Besseres zu tun wissen, als die Arbeiterorganisationen und die politischen Parteien zu schwächen, zu spalten und kampfunfähig zu machen, verdienen keine bessere Behandlung, als sie ihnen die bürgerlichen Parteien angedeihen lassen. Um so fester müssen sich die anderen Arbeiter zusammenschließen und müssen dafür sorgen, daß der erhoffte Wahlsieg der bürgerlichen Parteien, des reaktionären Blods der Steuerhasser vereitelt wird.

Vertagung der Braunschweiger Regierungskrise

Die Regierungskrise in Braunschweig ist vertagt worden. Die Kommunisten haben es einstweilen für geraten gehalten, bei aller Feindschaft gegen die sozialistische Regierung, den Etat zu bewilligen. Sie taten es mit der famosen Begründung, sie wollten der sozialistischen Regierung erst noch mehr Gelegenheit geben, abzuwirtschaften. Genosse Dertter wies dieser Argumentation gegenüber darauf hin, daß eine sozialistische Regierung eines Landes gegenüber dem kapitalistisch regierten Reiche zunächst nichts anderes tun könne, als die ertungene Position zu behaupten und zu festigen. Der Sozialismus könne nicht von der Regierung aufgebaut werden, er komme von unten, aus der Masse des Volkes heraus. Wenn auf die sozialistische Regierung mehr Hoffnungen gesetzt würden, als sie erfüllen könne, dann sei diese Hoffnung trügerisch gewesen.

Wie für die notleidenden Agrarier geforgt wird!

Neue Milliardenforderungen — Und doch Erhöhung der Getreidepreise

Den bürgerlichen Parteien ist die Enthüllung über die Absicht des Ernährungsministeriums, die Preise für Getreide um mehr als 40 Prozent heraufzusetzen, sichtlich unangenehm. Die Presse der Großagrarier greift, wie immer, zur Fälschung, während die „demokratische“ und „unparteiische“ Schweigt. Was kümmert sie auch die Not des Volkes! Etwas ehrlicher ist die zentrums-offizielle „Germania“. Sie stellt in einem Artikel fest, daß die veröffentlichten Preise für Roggen von 2050 M. pro Tonne gegenüber bisher 1420 M. und Weizen 2255 M. gegenüber 1570 M. nicht bestritten werden und erklärt: „Sie mögen also wohl einiges für sich haben“. Sie bestätigt also die Behauptung, daß das Ernährungsministerium sich mit dem ungeheuerlichen Plan trägt, die Getreidepreise so zu erhöhen, daß eine Steigerung des Brotpreises unausbleiblich wird.

Dieser Artikel der „Germania“, der dem Ernährungsministerium zu entstammen scheint, verliert sogar die Erhöhung der Getreidepreise zu rechtfertigen! Zu dem Zwecke liest das Blatt wieder das Märchen auf, daß durch die höheren Preise eine Steigerung der Produktion erzielt werde, ohne die Tatsache zu beachten, daß das den Konsumenten gar nichts nützt, da in den letzten Jahren Preissteigerungen immer einhergehen mit rapidem Rückgang der Ablieferung. Die Ablieferung aber ist entscheidend für die Beurteilung dieser Frage. Und gerade deshalb ist ja der Widerstand aller Kreise der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen die Preiserhöhung so groß und so einmütig, weil jede Preiserhöhung gegenwärtig nur ein Geschenk für die Agrarier darstellt.

Aber die Agrarier sollen nicht nur für das nächste Jahr eine Erhöhung der Getreidepreise erhalten, auch für dieses Erntejahr sollen ihnen neue Liebesgaben zugesandt werden. In dem heute vom Reichstage zu beratenden Kometat werden neben hundert Millionen für Frühbrusprämien auch

eine Milliarde dreihundertundfünfundzwanzig Millionen für die Verbilligung von Auslandsmais für Futtermittel verlangt.

Die „Rote Fahne“ behauptet bei Aufzeichnung des Ausgangs der braunschweigischen Regierungskrise, in Braunschweig herrsche die Drogelich ebenso ungeniert wie anderswo und die sozialistische Regierung sei von ihrem Bestehen nicht nur unterrichtet, sondern habe sie sogar genehmigt. Solche paraloge Darstellung ist bei der „Roten Fahne“ nicht verwunderlich. Sie lebt davon,

Dunkle Parolen

Kommunistischer Wirrwarr in Oberschlesien

Vor einiger Zeit hatten die ober-schlesischen Kommunisten, unter denen man sich nicht etwa eine geschlossene Organisation mit einheitlichen Auffassungen vorstellen darf, sondern die mehr einem Haufen sich prügeln der Schulbuben gleichen, den Beschluß gefaßt, weder für Polen noch für Deutschland zu stimmen, sich auch nicht der Abstimmung zu enthalten, sondern Stimmentzettel für Sowjet-Rußland abzugeben. Dieser gestohlenen Parole, die von der Bezirkszentrale ausgegeben wurde, folgten schon auf der Konferenz der Kommunisten wenig mehr als die Hälfte der Delegierten. Seitdem hat sich ergeben, daß die ober-schlesischen Arbeiter von der kommunistischen Lösung überhaupt nichts wissen wollen.

Darüber ist es im kommunistischen Lager Oberschlesiens zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, in deren Verlauf der Gleiwitzer Kommunistenführer Rau seine Parteiamt niederlegen mußte. Die Berliner Zentrale verfügte sogar dessen Ausschluß, die Ortsgruppe Gleiwitz folgte aber dem Gebot nicht und beschloß die Wiederaufnahme Raus in die Partei. Herr Rau hatte immerhin noch Zeit gefunden, an den Magistrat in Gleiwitz folgendes Schreiben zu schicken:

„An den Magistrat in Gleiwitz
H. D. des Herrn Oberbürgermeisters.“

Infolge andauernder Verschlechterung meines Gesundheitszustandes sehe ich mich gezwungen, mich zunächst von jeder politischen Tätigkeit zurückzuziehen. Die weitere Folge dieses Schrittes ist, daß ich mein Stadtverordnetenmandat niederlege, sowie die Tätigkeit in den verschiedenen Kommissionen. Ich fühle mich geborgen, Herr Oberbürgermeister, Ihnen sowie den einzelnen Herren des Magistrats meinen Dank auszusprechen für das mir persönlich entgegengebrachte Vertrauen und Wohlwollen. Wenn der politische Kampf im Stadtverordnetenkollegium hin und wieder etwas heftige Formen annahm, so geschah dies von mir nicht aus persönlichen Motiven, sondern um der Wählerchaft zu dienen, durch deren Vertrauen ich in das Kollegium gewählt wurde. Ein persönlicher Kampf lag mir durchaus fern.“

Man entnimmt diesem Schreiben wieder einmal mit Vergnügen, daß die kommunistischen Führer außerordentlich höflich sein können; allerdings nicht dann, wenn es sich um Auseinandersetzungen mit den eigenen Klaffgenossen handelt, sondern in solchen Fällen, wenn sie mit Vertretern der kapitalistischen Klasse zu tun haben. Auch wie der Kommunist Rau sich bei dem Herrn Oberbürgermeister und den Herren des Magistrats für das Vertrauen und Wohlwollen bedankt, entspricht gar nicht dem Schema, das von Moskau und Berlin aus für den Verkehr mit den Behörden ausgeben wird.

Neben Gleiwitz hat sich in Kattowitz ein Herz kommunistischer Rebellion entwickelt. Von dort aus soll sich sogar eine neue kommunistische Bewegung entwickelt haben, die sich für die Abstimmung im deutschen Sinne einsetzt und nach der Behauptung der bürgerlichen Presse außerordentlich stark sei. Diese Behauptung kann schon deswegen nicht stimmen, weil die Kommunisten in Oberschlesien noch niemals eine besondere Rolle gespielt und erst einigen Zugang nach der Zerschlagung der unabhängigen Organisationen erhalten haben. Hinzuzufügen ist, daß auch die polnischen Kommunisten in Oberschlesien sich an die Parole für Sowjet-Rußland nicht halten, sondern entweder für Polen eintreten oder, soweit sie nicht in die Kommunistenverfolgungen in Polen verstrickt werden möchten, Stimmung für Deutschland machen.

Es ist erklärlich, daß die „Rote Fahne“ über diesem Durcheinander, in dem sich kaum noch ein Eingeweihter zurechtfindet, den Kopf verliert und uns zum Vorwurf macht, daß wir eine „dunkle“ Haltung Oberschlesiens gegenüber einnehmen. Sie behauptet in ihrer gestrigen Morgenausgabe, aus uns „spricht die bloße Angst vor der Zuspitzung des ober-schlesischen Konfliktes, vor einer Situation, in der die Arbeiterschaft handlungsfähig auf dem

Angeblich soll durch diese Lieferung von verbilligtem Mais die Verfütterung von Brotgetreide verhindert und seine Ablieferung befördert werden. Aber das wird auf dem von der Regierung vorgeschlagenen Wege nicht erreicht werden. Die Verbilligungsaktion für Mais ist lediglich eine nur schlecht verkleidete Erhöhung der jetzt geltenden Getreidepreise. Denn die Landwirte sind zur Ablieferung ihres Getreides verpflichtet, sie leisten aber aktiven und passiven Widerstand, und anstatt diesen Widerstand zu brechen, werden den Landwirten, wie in früheren Jahren, so auch in diesem Jahr, hunderte von Millionen in den unersättlichen Rachen geworfen.

Im Haushaltsausschuss des Reichstags sind die bürgerlichen Parteien noch weiter gegangen als die Regierung. Diese wollte den Agrariern für einen Zentner abgelieferten Getreides auch nur einen Zentner Mais geben. Die Agrarier drückten aber die Annahme folgenden Antrags durch:

„Der Mais ist im Austausch gegen Getreide an die Erzeuger im Verhältnis von einem Zentner Getreide gegen höchstens einhalb Zentner Mais zu liefern, unter entsprechender Berücksichtigung der kleineren Wirtschaften, sowie im Austausch gegen Schlachtschweine unter entsprechender Berücksichtigung des Preisverhältnisses.“

Dadurch erhalten die Agrarier eine doppelte Liebesgabe. So sieht die „Ausbauarbeit“ der bürgerlichen Parteien aus. Preissteigerung auf allen Gebieten in einer Zeit sinkender Weltmarktpreise und sinkender Produktionskosten. Liebesgaben über Liebesgaben an Landwirte, die nicht nur das Ernährungsministerium vollständig in der Hand haben, sondern die gesamte Reichsregierung mit ihrem Einfluß beherrschen. Entrüstet schrieb neuerlich das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ über die Kartoffelpreispolitik des Ernährungsministeriums: „Die Schamlosigkeit sei zur höchsten Potenz gesteigert“. Das gilt mit viel größerem Recht aber von der Getreidepreispolitik der Regierung, die den Anschein erweckt, als wolle man die Verelendung der Massen gewalttätig auf die Spitze treiben. Wähler! Denkt daran am 20. Februar!

Plan treten könnte.“ Dem Blatte sei gesagt, daß unsere Haltung durchaus nicht „dunkel“ ist. Wir vertreten nämlich den alten Standpunkt des internationalen Sozialismus, wonach die Bevölkerung Oberschlesiens selbst darüber entscheiden soll, welchem Staate sie künftig angehören wolle. Wir haben uns bisher bemüht, völlig objektiv zu bleiben und sind den ober-schlesischen Arbeitern nicht mit Parolen gekommen, die in Berlin fabriziert werden und die, wie die Parole „für Sowjet-Rußland“, in der augenblicklichen Situation nur lächerlich wirken können. Die ober-schlesischen Arbeiter, so hoffen wir, werden sich bei der kommenden Abstimmung nur vom Interesse des internationalen Sozialismus leiten lassen, und wenn die deutsch-sprechenden Arbeiter in Oberschlesien, und wahr-scheinlich auch viele polnische Arbeiter, sich trotz aller Nebel, die der Deutschen Republik noch anhaften, sich für Deutschland entscheiden werden, so ist das, wenn man sich die wirtschaftliche, politische und kulturelle Verfassung des polnischen Staatswesens vor Augen hält, durchaus verständlich.

Schließlich möchten wir das Blatt fragen, was es sich unter „Zuspitzung des ober-schlesischen Konfliktes“ denkt und wie sie sich eine Situation vorstellt, „in der die Arbeiterschaft handlungsfähig auf den Plan treten könnte“. Die Antwort auf diese Frage darf aber nicht wieder in „dunklen“ Parolen bestehen! Aber wäre es nicht gut, wäre es nicht zweckmäßiger, wenn die Kommunisten ihre Staatsmannskünste im eigenen Hause erproben würden, statt vor fremden Parteifürern zu fechten?

Ein Harmloser

Wenn man im bürgerlichen Leben von einem anständigen gutgläubigen und ehrbaren Menschen spricht, so mag man an Herrn Gehler denken, Reichswehrminister der deutschen, der demokratischen Republik. Er hat in der gestrigen Sitzung des Reichstags eine Verteidigung des neuen Militarismus unternommen, die ihm den Beifall nicht nur seiner Parteifreunde, sondern des ganzen Hauses eingetragen hat, soweit die bürgerlichen Parteien dabei in Betracht kommen. Nach seiner Auffassung ist bei der Reichswehr alles in schönster Ordnung. Herr Gehler wartet nur darauf, daß er von Herrn Gessler Befehle bekommt, um sie prompt auszuführen. Die Reichswehr-offiziere sind so brave Leute, daß sie nichts anderes im Sinne haben, als sich schüßend vor die republikanischen Einrichtungen zu stellen. Die Achselstücke sind zwar vom Oberarm wieder auf die Schulter gerückt, aber das ist keineswegs ein Symbol des wieder-erstandenen preussischen Militarismus, sondern lediglich ein Beweis für die Sparsamkeit, mit der bei der Reichswehr gearbeitet wird. Und schließlich wird sich die Tatsache, daß es dem Reichswehrminister erlaubt ist, gelegentlich das Auto des Oberbefehlshabers zu benützen, auch aus Sparsamkeitsgründen erklären lassen.

Selbstverständlich sind alle Beschwerden gegen die Reichswehr entweder Uebertreibungen oder Verleumdungen, und leider, so bemerkt Herr Gehler, ergehe es ihm so, wie seinem Zivilkollegen Trojki in Moskau. Er werde von Leuten, die die Sache nicht verstehen, zu Unrecht angegriffen, ihm schwebe nur das eine Ideal vor, Armees und Volk mit einander zu versöhnen. Auf dieser Linie rückte Herr Gehler bis zu dem Punkte vor, wo er dem Führer der kommunistischen Fraktion zuzurufen konnte: „Mit Ihnen, Herr Levi, werde ich mich immer verständigen können.“

Unser Genosse Künstler zeigte an den wahren Tatsachen, wie es um die Reichswehr bestellt ist. Was er aus der Fülle des zu Gebote stehenden Materials vortrug, das gibt ein ganz anderes Bild, als es der harmlose Gehler zu zeichnen beliebte. In Wahrheit ist die Reichswehr nichts anderes als ein Apparat, den die Militaristen bis zu der von ihnen erhofften Wiederkehr der alten Zustände erhalten und ausbauen möchten. Dafür zeugen nicht nur ihre Handlungen, dafür zeugt der ganze Geist, der in der Reichswehr herrscht und von dem auch der Etat des Reichswehrministeriums erfüllt ist.

Da die Mehrheit des Reichstags sich vorgenommen hatte, in Dauer-sitzungen, durch Beschränkungen der Redezeit und durch die Beschleunigung des Tempos seine Beratungen zu Ende zu führen, so dauerte die gestrige Sitzung nach einer von kommunistischer Seite herporgerufenen Unterbrechung von fünf Minuten bis in die späte Abendstunde an.

Die Forderungen der Kohlenmagnaten

Die Regierung lehnt die Preissteigerung vorläufig ab

Der Reichskohlenverband und der große Ausschuss des Reichskohlenrates beschäftigten sich in ihrer gestrigen Sitzung mit erneuten Anträgen auf Kohlenpreiserhöhungen. Für das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat wurde eine Preiserhöhung von 25 M. je Tonne beantragt unter Bezugnahme auf bereits früher gestellte Anträge und auf das Ergebnis von durch den Reichskohlenverband und das Reichswirtschaftsministerium vorgenommenen Selbstkostenberechnungen, die — allerdings nach Berücksichtigung eines erheblichen Abschreibungslohes auf Einrichtungen — für den Monat Oktober einen Mindererlös von etwa 12 bis 15 M. pro Tonne ergeben hätten. Der Antrag fand gegen eine Stimme Annahme. Staatssekretär Professor Dr. Hirsch erhob im Auftrage der Reichsregierung gegen diesen Beschluss aus Gründen des öffentlichen Wohles Einspruch. Entscheidend für ihre Haltung seien Erwägungen gewesen, wie sie in der Sitzung auch von zwei Vertretern der Verbraucher hervorgehoben worden seien. Auf dem Weltmarkt sowohl als in Deutschland ständen wir inmitten allgemeinen Preisrückgangs und Abnahmangels; und eine Kohlenpreiserhöhung in diesem Zeitpunkt würde den Arbeitsmarkt und die Industrie unerträglich belasten.

Es fand schließlich ein Antrag Annahme, wonach in Kürze eine Vollversammlung des Reichskohlenrates einberufen werden soll, in der die Reichsregierung ihre Haltung in der Kohlenpreisfrage eingehend darlegen soll. Ein Antrag des niedersächsischen Kohlenyndikats auf eine Preiserhöhung von 18,40 Mark pro Tonne fand ebenfalls Annahme; er wurde indes mit der gleichen Begründung durch Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums beanstandet. Anträge des mitteldeutschen und ostpreussischen Braunkohlenyndikats auf Preiserhöhungen von 8,70 M. je Tonne Rohkohle und 12,70 M. je Tonne Bricketts finden schließlich unbeantwortet Annahme, nachdem ein Antrag auf eine weitergehende Preiserhöhung von 6 bzw. 19,70 M. mit Einspruch bedroht und zurückgezogen worden war.

Für diesmal ist also die Kohlenpreiserhöhung noch verhindert worden. Aber der Bericht sagt deutlich, daß die Kohlenmagnaten den Kampf um die Erhöhung trotz Rückgang des Kohlenpreises auf dem Weltmarkt festsetzen wollen. Die Regierung hat diesmal die Preiserhöhung wohl auch aus Rücksicht auf die bevorstehenden Freuwahlen verhindert. Siegen aber die bürgerlichen Parteien, so kommt die Erhöhung der Brotpreise jossicher, die Preissteigerung der Kohle, die Erhöhung des Kapitalprofits statt der Sozialisierung des Bergbaues.

Armer Levi!

Schlecht bekommen ist Dr. Levi der Versuch, eine halbwegs selbständige Stellung zur Spaltung der italienischen Partei einzunehmen. Unmittelbar darauf tritt das Aufsichtsgremium Rossolus in Aktion, rüffelt in drei handwurmartigen Artikeln der „Roten Fahne“ den Verfasser, rüffelt und weist haarsträubend nach, daß dem italienischen Proletariat kein größeres Heil widerfahren konnte als die Spaltung. Wie Schloß auf seinen Schein besteht, der ihm das Recht verleiht, ein Pfund Fleisch aus der Brust seines Schuldners herauszuschneiden, so besteht der Vertreter des Exekutivkomitees auf der Durchführung der 21 Punkte, so wie Rossolus sie auffaßt, und er opfert letzten Blutes die italienische Partei, er zerprengt ihre Geschlossenheit, er erklärt die Mehrheit nicht würdig, der kommunistischen Internationale anzugehören — bloß damit das Evangelium der Moskauer Apostel unangestastet bleibe. Er findet sogar den Mut, das Ergebnis des italienischen Parteitags zu bestrafen, da es die Tatsache zum Ausdruck gebracht habe, daß eine geschlossene große kommunistische Partei in Italien nicht bestand, daß sie eine Illusion war. In diesem Sahe kommt das Sektierertum und die Verantwtheit der Moskauer so recht deutlich zum Ausdruck. Wichtig ist nicht der Zusammenschluß der revolutionären Massenbewegung, nicht ihr Aufstieg zu immer höheren Formen der Selbsttätigkeit und der von eigener geistiger Erkenntnis getragenen Aktion, sondern wichtig ist vor allem der Sieg des von „auserwählten Führern“ geschaffenen Schemas. Pflgt sich die revolutionäre Entwicklung des Proletariats nicht in dieses Schema ein — um so schlimmer für das Proletariat!

Unter dem Gesichtspunkt dieses geistlichen Schemas wird auch Paul Levi wegen seiner rebellischen Anwandlungen abgefanzelt. Serrati, dieser neue „Hilfsding“, habe ihm „Sand in die Augen“ gestreut. Durch welches „Wundermittel“ glaubte Levi Serrati überzeugen zu können? Dieses Wundermittel sei weder dem Exekutivkomitee noch dem Kongreß der kommunistischen Internationale bekannt gewesen. Nun könnte Dr. Levi, wenn er die Courage hätte, ja antworten: „Ein wenig Vernunft und politisches Verantwortlichkeitsgefühl.“ Aber Levi wird es ebensowenig sagen, als er es in Livorno tat, wo er gegen seine bessere Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Scheidung sprach. Schließlich hätte es aber auch nichts genützt. Denn einerseits wollte Rossolus die Spaltung, und andererseits waren die Italiener in ihrer Mehrheit vi-i zu klug, viel zu sehr von ihrer großen Verantwortung vor dem Proletariat durchdrungen, als daß es sich unter das Joch der Moskauer Diktatur hätte beugen können.

Das alles ist natürlich „keine Politik“, — wie Dr. Levi ganz richtig am Schluß seines Artikels bemerkt. Aber es ist die Moskauer Taktik, dieselbe Taktik, die es dem Aufsichtsgremium über die R. K. P. D. gestattet, den armen Dr. Levi in der „Roten Fahne“ als einen von den Reformisten getäuschten, illusionistischen Reinsing von oben herab abzutun.

Ein Heuchler

Nach einer Meldung des Ungarischen Telegraphen-Bureaus hat Ministerpräsident Teleki Vertreter der Presse gegenüber erklärt, er betrachte es als geradezu katastrophal für das Land, daß die Königsfrage in den Kampf der Tagespolitik hineingezogen werde. Noch gefährlicher würde jeder Versuch sein, die Königsfrage schon jetzt einer Entscheidung zuzuführen. Er verwerfe jede in Reihen der Königsfrage vorgenommene Parteigebundung als größte Gefahr für Ungarn.

Raf so, mal so, wie es die Konjunktur erfordert. Was kümmern uns, von Herrn Teleki und den anderen Mitgliedern der unga-

rischen Regierung recht hochtönende Worte über die Wiedereinführung der Monarchie gehört zu haben. Da die Gorthy-Leute inzwischen ihr Land in Grund und Boden gewirtschaftet haben, da außerdem der Frieden von Trianon das ehemalige Ungarn stark verkleinert und es seiner reichsten Teile beraubt, so bleibt den ungarischen Terror-Helden nichts übrig, als nach Untertanung zu suchen. Die umliegenden Staaten sind aber nun geschworene Feinde des Habsburgers Karl, den die Ungarn absolut zum König haben wollen. So wendet man rasch das Blättchen um Stimmung für sich zu machen.

In der internationalen Arbeiterklasse wird sich wohl niemand finden, der sich von den ungarischen Katastrophepolitikern täuschen ließe.

Der preussische Justizminister ist das Wahziel der reaktionären Parteien. Bayern bildet nur eine Etappe auf dem Weg zu diesem Ziele. Hat sich erst die Reaktion in Preußen festgesetzt, dann werden Justiz und Verwaltung, Polizei und Militär nach ungarischem Muster arbeiten. Arbeiter, Beamte und Frauen, wolle ihr in einem Justizhausstaat leben, an dessen Spitze ein Monarch steht, der euch wieder die allgemeine Wehrpflicht, neuen Krieg, Hunger und Entsetzen bringt? Nein! Deshalb müht ihr an die Arbeit gehen. Ihr müht die Gleichgültigen und Müden austritteln, müht ihnen sagen, daß sie am 20. Februar unbedingt wählen müssen, damit ein Sieg der Reaktion verhindert wird. Ihr müht euch, um wählen zu können, aber erst überzeugen, ob ihr auch in der Wählerliste steht. Sie liegt nur noch zwei Tage aus: Heute und am Sonntag. Deshalb müht die Zeit!

Seht die Wählerliste ein!

Öffentliche Wählerversammlung

Petershagen. Abends 7 Uhr im Gasthof Madel Vortrag des Genossen Arthur Richter: „Die kommenden Landtagswahlen“. Mitglieder der politischen Kommission um 6 Uhr erscheinen.

Versammlung in Tempelhof

Am vergangenen Donnerstag hatte die Ortsgruppe Tempelhof ihre erste öffentliche Wählerversammlung. Genosse Löwenstein referierte über „Die Bedeutung der preussischen Landtagswahlen und die U.S.P.D.“ Der Referent schilderte in großen Umrissen die Entscheidung der kapitalistischen Wirtschaftsweise und wies nach, daß das System derselben, das nur auf Profit, nicht aber auf die Deckung des allgemeinen Bedarfs ausgeht, zur heutigen Krise führen mußte. Zwingend war die Beweisführung des Referenten, daß nur der Sozialismus uns aus diesem Chaos führen wird. Genosse Löwenstein geißelte dann die Taktik der S.P.D. und der Kommunisten und er schloß mit einem Appell an die Zuhörer, bei der Stimmabgabe dafür zu sorgen, daß die Reaktion durch eine Stärkung im Parlament nicht noch volksfeindlicher werde, als sie jetzt schon ist.

In der Diskussion bekannte ein Rechtssozialist, daß er selbst nicht mit den von Referenten kritisierten Maßnahmen der rechtssozialistischen Regierungsmandate einverstanden wäre. Es erregte höchste Heiterkeit, als er seine helleneste Ueberzeugung aussprach, daß sich die Reaktion den Maßnahmen einer evtl. formalen Mehrheit der Sozialisten im Landtage ohne weiteres unterwerfen würde. Zum Schluß tauchten einige „Freiheit“-Abonnenten und neue Genossen für unsere Partei gewonnen werden.

Um die Bekleidungsämter

Im Hauptauschuß des Reichstags wurde die Beratung über den Etat des Reichsbekleidungsministeriums fortgesetzt bei den Reichsbekleidungsämtern. Das Reichsbekleidungsamt hatte gerade zu Weihnachten eine Anweisung an die Reichsbekleidungsämter ergehen lassen, daß die Kemter Breslau, Kassel, Münster, Stettin und Wilhelmshaven aufgelöst werden, die Kemter Berlin, Dresden, Kiel, Königsberg, Ludwigshafen und München eine starke Einschränkung erfahren sollen. Es wurde daher den Angehörigen vorzorglich zum 31. März 1921 gelündigt. Dieses Vorgehen des Reichsbekleidungsamtes löste eine große Aufregung unter den Arbeitern und Angestellten der Reichsbekleidungsämter aus. In der gestrigen Verhandlung erhob Giebel (S.P.D.) den schärfsten Protest über die Art, wie der Abbau der Reichsbekleidungsämter vorgenommen werden soll. Nicht einmal das Betriebsrätegesetz habe man bei den Kündigungen beachtet.

Ministerialdirektor Schulz verteidigte die Maßnahmen des Reichsbekleidungsamtes. Nachdem die Reichswehr so stark beschränkt wurde, sei nicht mehr genügend Beschäftigung für die Reichsbekleidungsämter vorhanden. Die Absicht, die Post- und Eisenbahnangestellten zu versorgen, sei mißglückt, da diese Beamten die in den Kemtern hergestellten Uniformen nicht kaufen wollen. Es seien sowohl vom Handwerk als auch von der Industrie scharfe Proteste gegen die Ausdehnung des Versorgungskreises der Kemter eingegangen. Es seien auch Proteste der Arbeiter und der beteiligten Organisationen eingegangen, die eine Weiterführung der Bekleidungsämter gefordert haben. Das Reichsbekleidungsamt stehe aber auf dem Standpunkt, daß etwa 5 bis 6 Bekleidungsämter aufgehoben und die anderen auf ein Drittel bis ein Viertel ihrer bisherigen Leistungen eingeschränkt werden sollen.

Simon (U.S.P.D.): Der Herr Ministerialdirektor scheint sehr großes Gewicht auf die Proteste der Unternehmer zu legen, dagegen ohne weiteres über die Proteste der Arbeiter hinwegzugehen. Von einer Existenzbedrohung des Handwerkes durch die Bekleidungsämter könne keine Rede sein, da weder Schuhe noch Anzüge nach Maß angefertigt werden. Die Industrie könne sich aber nicht mehr in ihrer Existenz bedroht fühlen, als wenn andere neue Unternehmungen gegründet werden. Dagegen reche die Existenz der Arbeiter direkt auf dem Spiele. In einer Reihe von Städten, wie Münster, Wilhelmshaven usw., ist wenig oder gar keine Industrie vorhanden. Die Arbeiter würden nicht nur das Heer der Arbeitslosen vergrößern, sondern auch, da sie am Ort keine Arbeit finden, ihren Wohnsitz wechseln und bei der großen Wohnungsnot keine Wohnung erhalten können. Die Reichsbekleidungsämter sind, seitdem sie umgestellt wurden, durchaus leistungsfähig. Die Bekleidungsämter in der Herstellung von Schuwaren ist die gleiche wie in der Privatindustrie, die Preise aber sind billiger und trotzdem machen die Kemter Ueberstände. Er verlange nicht nur die Weiterführung in bisherigem Umfange, sondern soweit einzelne Kemter technisch noch nicht auf der Höhe stehen, die weitere Ausgestaltung derselben.

Barlage (Ztr.) wünscht, daß das Bekleidungsamt Wilhelmshaven aufrecht erhalten und dafür Kiel stillgelegt werden soll.

Dr. Wunsfeld (D. Sp.) erkennt an, daß wenn man auf dem Standpunkt der Sozialisierung stehe, die Bekleidungsämter ein Gebot wären, wo dies in größtmöglicher Weise geschehen könne. Da aber keine Partei die Sozialisierung grundsätzlich ablehne, trete er für die Aufhebung der Reichsbekleidungsämter ein.

Von den beiden sozialdemokratischen Parteien wird eine Entschloßung vorgelegt, die die Weiterführung der Reichsbekleidungsämter im bisherigen Umfange und die Zurückziehung der Kündigungen verlangt.

Auf Vorschlag des Vorstehenden wird eine Unterkommission gebildet, zu welcher jede Partei einen Vertreter abordnet. Da von den Kommunisten, wie in der Regel, so auch bei dieser wichtigen Frage, niemand anwesend war, so ist die U.S.P.D. auch nicht in dieser Kommission vertreten, wodurch die Stellung der Arbeiter ohne weiteres geschwächt ist.

Deutscher Reichstag

(Schluß aus der Beilage.)

2. Sitzung.

Ein Verfassungsantrag Kuhn (Komm.) findet nicht die genügende Unterstützung von 30 Abgeordneten.

Abg. Giebel (Soz.): Auch bei der Marine findet man viele unerfreuliche Erscheinungen. Was sagt der Minister zu den antirepublikanischen Demonstrationen in Borkum? Gerade das Marineoffizierskorps ist fast restlos antirepublikanisch. Große Teile der Marinewerft liegen brach. Statt alle Arbeitsmöglichkeiten restlos auszunutzen, sind in der letzten Zeit immer wieder Entlassungen von Arbeitern und Angestellten durchgeführt worden.

Reichswehrminister Gehler: Nirgends waren die Verhältnisse schwieriger als in der Marine. Nach dem Rapp-Busch wurden alle höheren Offiziere abgesetzt; haben und drüben gab es große Mißstimmung. Die Zeit der Müde ist vorüber. Ich muß von allen Marineoffizieren erwarten, daß sie auf dem Boden der Verfassung und loyalen Pflichterfüllung stehen; wenn sie das vor sich nicht verantworten können, dann sollen sie als anständige Menschen gehen. Da alle Kreuzer längst das Alter überschritten haben, das sie nach dem Friedensvertrage haben dürfen, ist der Bau eines neuen Kreuzers notwendig. Die Zusammenlegung der Marinewerft mit der Reichswerft wird angestrebt.

Abg. Kuhn (U.S.): Eine Kriegsmarine hat jetzt keine Existenzberechtigung mehr. Nach der Revolution hat man zunächst immer nur von einer Volksmarine gesprochen. Wenn man den Geist der Marine betrachtet, muß die Abkehrung dieser Ausgaben doppelt und dreifach unterstrichen werden. Das größte Kriegsverbrechen ist von der Marine begangen worden, mit der Versenkung der „Lusitania“. Bei allen bestialischen Bluttaten der letzten Zeit waren Marineoffiziere die treibenden Kräfte. Kapitänleutnant Ehrhardt ist eben so gut unbestraft geblieben, wie jener Admiral Jasper, der einen Matrosen auf offener Straße niederschloß. (Als Redner noch weitere Fälle von Ausschreitungen von Marineangehörigen anführt, macht ihn Präsident Lohde darauf aufmerksam, daß diese Fälle die frühere Marine und nicht die jetzige betreffen.) Ich spreche von dem Geist der Marine, wie er früher herrschte und auch jetzt noch herrscht. (Redner geht dann ausführlich auf die Vorgänge bei der Marine während und nach dem Rapp-Busch ein und erwähnt u. a. das verabschiedete Verhalten der Brigaden Löwenfeld-Erhardt im Munsterlager.) Es ist unerhört, daß im Munsterlager tagelange Plakate folgenden Inhalts aushängen konnten: „Und kommen die Kraken in Scharen, wir bleiben doch, was wir waren. Mit Gott für Kaiser und Ehrhardt“, während Gegenplakate: „Es lebe die Republik, wir bleiben treu der Verfassung“, von den Offizieren verboten wurden. Für diese Zustände machen wir die Regierung verantwortlich, die einen von Trotha und später Kipper seines Geistes an die Spitze der Admiralität gestellt hat. (Mehrfache Zurufe Ledebours. Gegenrufe rechts: Man sollte Sie als Admiral hinstellen!) (Nach einer Kritik an Tirpitz und Trotha ruft Abg. Beuermann dem Redner zu: er habe keine Ehre. Präsident Lohde erteilt Beuermann einen Ordnungsruf.) Nach heftigen Angriffen auf die Deutsche Kolonialpolitik verlassen die Deutschen nationalen und Deutschen Volksparteiler demonstrativ den Saal. Wir werden immer eine Kampfstellung gegen die Kriegsmarine einnehmen.

Abg. Oberführer (D. Nat.): Ich verzichte darauf, auf die Beschimpfungen des Borredners einzugehen; wir brauchen eine Flotte zum nationalen Aufbau.

Abg. Brüninghaus (D. Sp.): Einen Tischband, wie ihn die Rede des Abgeordneten Kuhn bezeichnet, hätte ich im deutschen Reichstag nicht für möglich gehalten. (Zuruf d. Abgeordneten Dittmann [U. Soz.]: U-Bootverbrecher! — Zuruf der Abgeordneten Schulz-Bromberg [D. Nat.]: Und der Mann ist Vizepräsident! Der Vizepräsident trägt den Zuruf Dittmanns!)

Damit schließt die Aussprache. Das Haus vertagt sich auf Sonnabend 12 Uhr: Wohnungssteuer, Rotetat, Ernährungsministerium, Haferinterpellation, Abstimmung, Reichswehrministeriumet. Schluß 1/2 10 Uhr.

Anweisung aus dem besetzten Gebiet. Nach einer Blättermeldung hat die Rheinlandkommission die beiden Deutschen Heitschel und Siebert wegen kommunistischer Treibereien unter den Besatzungstruppen aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen.

Ausschneiden!

Druckfache
sind die
Saupterpedition der „Freiheit“

Berlin 62
Breite Straße 8-9



Weißer Woche

Beginn Montag, 31. Jan.

Heute Sonnabend Vorverkauf

Unser Sonntags-Insertat bringt zahlreiche außergewöhnlich billige Angebote

Einige Beispiele:

Damenhemd mit Langetten	28⁵⁰
Damenhemd im Stoff reich gestickt, Langetten	33⁰⁰
Untertaille mit Stickerei	16⁷⁵
Rohnessel kräftige Qualität Meter	11⁵⁰
Reinleinen ca. 125 cm breit Meter	24⁰⁰
Bluse gestickter Batist mit Einsatz und Handstich	39⁰⁰

A. Wertheim

Leipziger Straße König-Straße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Am 27. d. Mts. verschied ganz plötzlich infolge Schlaganfalls unser allverehrter Chef, Herr

Julius Hermann

Ein Mann rastlosen Fleißes, vorbildlich für alle, die ihn kannten, ist mit dem Entschlafenen dahingegangen. Sein Andenken werden wir stets in Ehre halten.

Berlin, 28. Januar 1921.
Das techn. Personal der Firma
H. S. Hermann & Co.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Todesanzeige
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:
Der Kohlegeger
Paul Grünig
am 28. d. Mts. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 29. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Köpenick, Germaniastraße, aus statt.
Der Klempner
Otto Wenk
am 28. d. Mts. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 29. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelsturm-Kirchhofes in Nieder-Köpenick, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Regt Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Am Sonntag, den 30. Januar 1921, vormittags 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 4

Branchenversammlung

der Kohlegeger und Helfer
Tagesordnung:
1. Jahresbericht der Revisionskommission.
2. Bericht des Branchenleiters und der Branchenleiter.
3. Neuwahl der Revisionskommission und der Branchenleiter.
4. Branchen- und Verbandsangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Am Montag, den 31. Januar 1921, abends 7 Uhr im Verbandsbüro, Linienstr. 83-85

Verammlung

der Eisenkonstruktionsmonteure
Tagesordnung:
Bericht der Verhandlungskommission.

Am Montag, den 31. Januar 1921, vormittags 11 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 1

Verammlung

aller im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Maschinenarbeiter und Hilfsarbeiter
Mitgliedsbuch und Stempelkarte legitimiert.
Montag, den 31. Januar 1921, abends 5 Uhr

Branchenversammlung

aller in der Knopf- und Korsettstangen-Industrie beschäftigten Kollegen und Kolleginnen in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Weinmeisterstr. 16/17
Tagesordnung:
1. Bericht von der Tarifverhandlung.
2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es dringende Pflicht aller Kolleginnen und Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Montag, den 31. Januar 1921, abends 7 Uhr

Branchenversammlung

sämtlicher Elektromonteur und Helfer Groß-Berlins in der Aula des Gymnasiums Jandstraße 9-11 (Nähe St. Frankfurter Kirche)
Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen mit den Berliner Metall-Industriellen sowie über die Verhandlungen mit dem Verband Deutscher Industriellen.
2. Branchenangelegenheiten.
Alle Kollegen sind verpflichtet, bestimmt zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

USPD. Eierbrot.

10. Distrikt.
Der langjährige Genosse **Adolf Moskopp**, Wollener Straße Nr. 12, ist am 26. 1. 21, im Alter von 67 Jahr., verstorben. Erhe seinen Andenken! Die Beerdigung findet am Montag, den 31. 1., mittags 1 Uhr, im Krematorium, Weichselstraße, statt. Um rege Beteiligung wird gebeten.

USPD. Karlsruhe.

Gehoben ist unser Genosse **Franz Scholk**. Die Beerdigung findet Sonntag, den 29. 1., nachm. 2 Uhr, im Krematorium, Weichselweg, statt. Rege Beteiligung erwartet. Delegierte Karlsruhe.

Zeichfeldstecher

und gute Schutzapparate mit Zeissoptik werden häufig zu kaufen gesucht
Photobaus Strohmann, Berlin W 9, Potsdamerstr. 135 (Nähe 9289).

An die freigewerkschaftlich organisierten Funktionäre und Vertrauensleute aller Gemeindebetriebe Groß-Berlins.

Sonntag, den 30. Januar 1921, vormittags 10 Uhr, in den Andreas-Festsaal, Berlin, Andreasstr. 21,

Allgemeine Funktionär-Versammlung

Tagesordnung:
Bericht über den Stand der Tarifbewegung. Zutritt haben nur Funktionäre der unterzeichneten Organisationen unter Vorzeigung ihres Ausweises und Mitgliedsbuches.
Die Ortsverwaltung:

- Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter,
- Deutscher Transportarbeiter-Verband,
- Deutscher Metallarbeiter-Verband,
- Verband der Maschinisten und Feiler,
- Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter,
- Zentralverband der Angestellten.

Achtung!
Schuhwaren
Herren, Damen, Kinder
Gute Fabrikate kaufen Sie spottbillig in
Raatz
Schuh-Engros-Lager
Münzstraße 10
1 Mißau vom Ringbergplatz

Seltene Gelegenheit!
Eine Partie Kinder-Fußlederhufe
Nr. 27, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100, 102, 104, 106, 108, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200, 202, 204, 206, 208, 210, 212, 214, 216, 218, 220, 222, 224, 226, 228, 230, 232, 234, 236, 238, 240, 242, 244, 246, 248, 250, 252, 254, 256, 258, 260, 262, 264, 266, 268, 270, 272, 274, 276, 278, 280, 282, 284, 286, 288, 290, 292, 294, 296, 298, 300, 302, 304, 306, 308, 310, 312, 314, 316, 318, 320, 322, 324, 326, 328, 330, 332, 334, 336, 338, 340, 342, 344, 346, 348, 350, 352, 354, 356, 358, 360, 362, 364, 366, 368, 370, 372, 374, 376, 378, 380, 382, 384, 386, 388, 390, 392, 394, 396, 398, 400, 402, 404, 406, 408, 410, 412, 414, 416, 418, 420, 422, 424, 426, 428, 430, 432, 434, 436, 438, 440, 442, 444, 446, 448, 450, 452, 454, 456, 458, 460, 462, 464, 466, 468, 470, 472, 474, 476, 478, 480, 482, 484, 486, 488, 490, 492, 494, 496, 498, 500, 502, 504, 506, 508, 510, 512, 514, 516, 518, 520, 522, 524, 526, 528, 530, 532, 534, 536, 538, 540, 542, 544, 546, 548, 550, 552, 554, 556, 558, 560, 562, 564, 566, 568, 570, 572, 574, 576, 578, 580, 582, 584, 586, 588, 590, 592, 594, 596, 598, 600, 602, 604, 606, 608, 610, 612, 614, 616, 618, 620, 622, 624, 626, 628, 630, 632, 634, 636, 638, 640, 642, 644, 646, 648, 650, 652, 654, 656, 658, 660, 662, 664, 666, 668, 670, 672, 674, 676, 678, 680, 682, 684, 686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 714, 716, 718, 720, 722, 724, 726, 728, 730, 732, 734, 736, 738, 740, 742, 744, 746, 748, 750, 752, 754, 756, 758, 760, 762, 764, 766, 768, 770, 772, 774, 776, 778, 780, 782, 784, 786, 788, 790, 792, 794, 796, 798, 800, 802, 804, 806, 808, 810, 812, 814, 816, 818, 820, 822, 824, 826, 828, 830, 832, 834, 836, 838, 840, 842, 844, 846, 848, 850, 852, 854, 856, 858, 860, 862, 864, 866, 868, 870, 872, 874, 876, 878, 880, 882, 884, 886, 888, 890, 892, 894, 896, 898, 900, 902, 904, 906, 908, 910, 912, 914, 916, 918, 920, 922, 924, 926, 928, 930, 932, 934, 936, 938, 940, 942, 944, 946, 948, 950, 952, 954, 956, 958, 960, 962, 964, 966, 968, 970, 972, 974, 976, 978, 980, 982, 984, 986, 988, 990, 992, 994, 996, 998, 1000, 1002, 1004, 1006, 1008, 1010, 1012, 1014, 1016, 1018, 1020, 1022, 1024, 1026, 1028, 1030, 1032, 1034, 1036, 1038, 1040, 1042, 1044, 1046, 1048, 1050, 1052, 1054, 1056, 1058, 1060, 1062, 1064, 1066, 1068, 1070, 1072, 1074, 1076, 1078, 1080, 1082, 1084, 1086, 1088, 1090, 1092, 1094, 1096, 1098, 1100, 1102, 1104, 1106, 1108, 1110, 1112, 1114, 1116, 1118, 1120, 1122, 1124, 1126, 1128, 1130, 1132, 1134, 1136, 1138, 1140, 1142, 1144, 1146, 1148, 1150, 1152, 1154, 1156, 1158, 1160, 1162, 1164, 1166, 1168, 1170, 1172, 1174, 1176, 1178, 1180, 1182, 1184, 1186, 1188, 1190, 1192, 1194, 1196, 1198, 1200, 1202, 1204, 1206, 1208, 1210, 1212, 1214, 1216, 1218, 1220, 1222, 1224, 1226, 1228, 1230, 1232, 1234, 1236, 1238, 1240, 1242, 1244, 1246, 1248, 1250, 1252, 1254, 1256, 1258, 1260, 1262, 1264, 1266, 1268, 1270, 1272, 1274, 1276, 1278, 1280, 1282, 1284, 1286, 1288, 1290, 1292, 1294, 1296, 1298, 1300, 1302, 1304, 1306, 1308, 1310, 1312, 1314, 1316, 1318, 1320, 1322, 1324, 1326, 1328, 1330, 1332, 1334, 1336, 1338, 1340, 1342, 1344, 1346, 1348, 1350, 1352, 1354, 1356, 1358, 1360, 1362, 1364, 1366, 1368, 1370, 1372, 1374, 1376, 1378, 1380, 1382, 1384, 1386, 1388, 1390, 1392, 1394, 1396, 1398, 1400, 1402, 1404, 1406, 1408, 1410, 1412, 1414, 1416, 1418, 1420, 1422, 1424, 1426, 1428, 1430, 1432, 1434, 1436, 1438, 1440, 1442, 1444, 1446, 1448, 1450, 1452, 1454, 1456, 1458, 1460, 1462, 1464, 1466, 1468, 1470, 1472, 1474, 1476, 1478, 1480, 1482, 1484, 1486, 1488, 1490, 1492, 1494, 1496, 1498, 1500, 1502, 1504, 1506, 1508, 1510, 1512, 1514, 1516, 1518, 1520, 1522, 1524, 1526, 1528, 1530, 1532, 1534, 1536, 1538, 1540, 1542, 1544, 1546, 1548, 1550, 1552, 1554, 1556, 1558, 1560, 1562, 1564, 1566, 1568, 1570, 1572, 1574, 1576, 1578, 1580, 1582, 1584, 1586, 1588, 1590, 1592, 1594, 1596, 1598, 1600, 1602, 1604, 1606, 1608, 1610, 1612, 1614, 1616, 1618, 1620, 1622, 1624, 1626, 1628, 1630, 1632, 1634, 1636, 1638, 1640, 1642, 1644, 1646, 1648, 1650, 1652, 1654, 1656, 1658, 1660, 1662, 1664, 1666, 1668, 1670, 1672, 1674, 1676, 1678, 1680, 1682, 1684, 1686, 1688, 1690, 1692, 1694, 1696, 1698, 1700, 1702, 1704, 1706, 1708, 1710, 1712, 1714, 1716, 1718, 1720, 1722, 1724, 1726, 1728, 1730, 1732, 1734, 1736, 1738, 1740, 1742, 1744, 1746, 1748, 1750, 1752, 1754, 1756, 1758, 1760, 1762, 1764, 1766, 1768, 1770, 1772, 1774, 1776, 1778, 1780, 1782, 1784, 1786, 1788, 1790, 1792, 1794, 1796, 1798, 1800, 1802, 1804, 1806, 1808, 1810, 1812, 1814, 1816, 1818, 1820, 1822, 1824, 1826, 1828, 1830, 1832, 1834, 1836, 1838, 1840, 1842, 1844, 1846, 1848, 1850, 1852, 1854, 1856, 1858, 1860, 1862, 1864, 1866, 1868, 1870, 1872, 1874, 1876, 1878, 1880, 1882, 1884, 1886, 1888, 1890, 1892, 1894, 1896, 1898, 1900, 1902, 1904, 1906, 1908, 1910, 1912, 1914, 1916, 1918, 1920, 1922, 1924, 1926, 1928, 1930, 1932, 1934, 1936, 1938, 1940, 1942, 1944, 1946, 1948, 1950, 1952, 1954, 1956, 1958, 1960, 1962, 1964, 1966, 1968, 1970, 1972, 1974, 1976, 1978, 1980, 1982, 1984, 1986, 1988, 1990, 1992, 1994, 1996, 1998, 2000, 2002, 2004, 2006, 2008, 2010, 2012, 2014, 2016, 2018, 2020, 2022, 2024, 2026, 2028, 2030, 2032, 2034, 2036, 2038, 2040, 2042, 2044, 2046, 2048, 2050, 2052, 2054, 2056, 2058, 2060, 2062, 2064, 2066, 2068, 2070, 2072, 2074, 2076, 2078, 2080, 2082, 2084, 2086, 2088, 2090, 2092, 2094, 2096, 2098, 2100, 2102, 2104, 2106, 2108, 2110, 2112, 2114, 2116, 2118, 2120, 2122, 2124, 2126, 2128, 2130, 2132, 2134, 2136, 2138, 2140, 2142, 2144, 2146, 2148, 2150, 2152, 2154, 2156, 2158, 2160, 2162, 2164, 2166, 2168, 2170, 2172, 2174, 2176, 2178, 2180, 2182, 2184, 2186, 2188, 2190, 2192, 2194, 2196, 2198, 2200, 2202, 2204, 2206, 2208, 2210, 2212, 2214, 2216, 2218, 2220, 2222, 2224, 2226, 2228, 2230, 2232, 2234, 2236, 2238, 2240, 2242, 2244, 2246, 2248, 2250, 2252, 2254, 2256, 2258, 2260, 2262, 2264, 2266, 2268, 2270, 2272, 2274, 2276, 2278, 2280, 2282, 2284, 2286, 2288, 2290, 2292, 2294, 2296, 2298, 2300, 2302, 2304, 2306, 2308, 2310, 2312, 2314, 2316, 2318, 2320, 2322, 2324, 2326, 2328, 2330, 2332, 2334, 2336, 2338, 2340, 2342, 2344, 2346, 2348, 2350, 2352, 2354, 2356, 2358, 2360, 2362, 2364, 2366, 2368, 2370, 2372, 2374, 2376, 2378, 2380, 2382, 2384, 2386, 2388, 2390, 2392, 2394, 2396, 2398, 2400, 2402, 2404, 2406, 2408, 2410, 2412, 2414, 2416, 2418, 2420, 2422, 2424, 2426, 2428, 2430, 2432, 2434, 2436, 2438, 2440, 2442, 2444, 2446, 2448, 2450, 2452, 2454, 2456, 2458, 2460, 2462, 2464, 2466, 2468, 2470, 2472, 2474, 2476, 2478, 2480, 2482, 2484, 2486, 2488, 2490, 2492, 2494, 2496, 2498, 2500, 2502, 2504, 2506, 2508, 2510, 2512, 2514, 2516, 2518, 2520, 2522, 2524, 2526, 2528, 2530, 2532, 2534, 2536, 2538, 2540, 2542, 2544, 2546, 2548, 2550, 2552, 2554, 2556, 2558, 2560, 2562, 2564, 2566, 2568, 2570, 2572, 2574, 2576, 2578, 2580, 2582, 2584, 2586, 2588, 2590, 2592, 2594, 2596, 2598, 2600, 2602, 2604, 2606, 2608, 2610, 2612, 2614, 2616, 2618, 2620, 2622, 2624, 2626, 2628, 2630, 2632, 2634, 2636, 2638, 2640, 2642, 2644, 2646, 2648, 2650, 2652, 2654, 2656, 2658, 2660, 2662, 2664, 2666, 2668, 2670, 2672, 2674, 2676, 2678, 2680, 2682, 2684, 2686, 2688, 2690, 2692, 2694, 2696, 2698, 2700, 2702, 2704, 2706, 2708, 2710, 2712, 2714, 2716, 2718, 2720, 2722, 2724, 2726, 2728, 2730, 2732, 2734, 2736, 2738, 2740, 2742, 2744, 2746, 2748, 2750, 2752, 2754, 2756, 2758, 2760, 2762, 2764, 2766, 2768, 2770, 2772, 2774, 2776, 2778, 2780, 2782, 2784, 2786, 2788, 2790, 2792, 2794, 2796, 2798, 2800, 2802, 2804, 2806, 2808, 2810, 2812, 2814, 2816, 2818, 2820, 2822, 2824, 2826, 2828, 2830, 2832, 2834, 2836, 2838, 2840, 2842, 2844, 2846, 2848, 2850, 2852, 2854, 2856, 2858, 2860, 2862, 2864, 2866, 2868, 2870, 2872, 2874, 2876, 2878, 2880, 2882, 2884, 2886, 2888, 2890, 2892, 2894, 2896, 2898, 2900, 2902, 2904, 2906, 2908, 2910, 2912, 2914, 2916, 2918, 2920, 2922, 2924, 2926, 2928, 2930, 2932, 2934, 2936, 2938, 2940, 2942, 2944, 2946, 2948, 2950, 2952, 2954, 2956, 2958, 2960, 2962, 2964, 2966, 2968, 2970, 2972, 2974, 2976, 2978, 2980, 2982, 2984, 2986, 2988, 2990, 2992, 2994, 2996, 2998, 3000, 3002, 3004, 3006, 3008, 3010, 3012, 3014, 3016, 3018, 3020, 3022, 3024, 3026, 3028, 3030, 3032, 3034, 3036, 3038, 3040, 3042, 3044, 3046, 3048, 3050, 3052, 3054, 3056, 3058, 3060, 3062, 3064, 3066, 3068, 3070, 3072, 3074, 3076, 3078, 3080, 3082, 3084, 3086, 3088, 3090, 3092, 3094, 3096, 3098, 3100, 3102, 3104, 3106, 3108, 3110, 3112, 3114, 3116, 3118, 3120, 3122, 3124, 3126, 3128, 3130, 3132, 3134, 3136, 3138, 3140, 3142, 3144, 3146, 3148, 3150, 3152, 3154, 3156, 3158, 3160, 3162, 3164, 3166, 3168, 3170, 3172, 3174, 3176, 3178, 3180, 3182, 3184, 3186, 3188, 3190, 3192, 3194, 3196, 3198, 32

Bekleidungsarbeiter! Heute von 1 bis 7 Uhr nachmittags Wählt die Liste Lehmann!

Urwahl zur engeren Ortsverwaltung

Gewerkschaftliches

Wie sie kämpfen

Am Donnerstag fand im Gewerkschaftshaus eine Arbeiterversammlung des Bekleidungsarbeiter-Verbandes statt. Bei dieser Gelegenheit verbreiteten unsere Genossen Flugblätter, die auf die bevorstehende Wahl der Ortsverwaltung Bezug nahmen. Anwesend war auch Schneider, der Kandidat der Liste Schumacher für den Kassiererposten. Ihm paßte die Flugblattverbreitung nicht, und da er eine Anzahl seiner Allergestreuesten zur Hand hatte, forderte er die Versammlung auf, sie möge sich der Flugblattverbreitung entledigen. Auf diesen Wink fielen einige Leute über unsere Genossen her und es entstand eine Prügelei.

Die Anhänger der Liste Schumacher haben damit einen „Sieg“ erfochten. Gebt ihnen die Antwort bei der Wahl, Parteigenossen. Diese Episode zeigt, was Geistes Knaben jene Leute sind, die um die Vormacht im Bekleidungsarbeiter-Verband ringen. Ihr Erfolg muß verhindert werden. Daher stimmen heute alle für die

Liste Lehmann.

USP-Funktionäre des Transportarbeiter-Verbandes

Die Funktionäre der Sektionen 1, 2 und 4 treten heute Sonnabend, abends 6 Uhr, im Saal 3 des Gewerkschaftshauses zusammen, um zu folgender Tagesordnung Stellung zu nehmen: „Die freien Gewerkschaften und die Landtagswahlen“. Bezirksverband Berlin-Brandenburg U.S.P. Die Geschäftsleitung: J. L. Fisch Schneider.

Zentralverband der Zimmerer

Montag, den 21. Januar, abends 6 1/2 Uhr, findet im großen Saal des Gewerkschaftshauses allgemeine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Amsterdam oder Moskau. Referent: Toni Sender, Mitglied des Reichstags. Korreferent: Wilhelm Schumacher, Bekleidungsarbeiterverband. Des wichtigen Themas wegen müssen alle Verbandsmitglieder an dieser Versammlung teilnehmen und für einen guten, regen Besuch agitieren. Es gilt unser gewerkschaftliches Prinzip zu wahren.

Die Betriebsratswahl in der Reichsdruckerei und der Rechenlünstler des „Vorwärts“

In der Nummer 43 des „Vorwärts“ wird die Behauptung aufgestellt, die U.S.P.D. habe bei der am 25. Januar stattgefundenen Wahl zum Betriebsrat sechs Mandate verloren, die R.A.P. drei Mandate gewonnen, die S.P.D. habe „schöne Fortschritte“ gemacht. Wir gratulieren! Damit diese „Fortschritte“ besser verständlich werden, bringen wir einige kleine Tabellen über die Zusammensetzung des zurückgetretenen und des neu-gewählten Betriebs-, Arbeiter- und Angelegenheitsrates:

	Betriebsrat	
	zurückgetreten	neugewählt
U.S.P.D.	8	9
S.P.D.	11	11
R.A.P.	4	4
Summe	23	24

Arbeiter- und Angelegenheitsrat:

	Arbeiter- und Angelegenheitsrat:	
	zurückgetreten	neugewählt
U.S.P.D.	10	11
S.P.D.	18	17
R.A.P.	5	5
Christen	—	1
Summe	33	34

Die U.S.P.D. hat also ein Mandat gewonnen, während der „Fortschritt“ der S.P.D. im Verlust eines Mandats besteht. Interessant ist auch eine Zusammenstellung der Resultate der in der Reichsdruckerei stattgefundenen Wahlen. Hierbei muß die vom „Vorwärts“ angegebene Wahl vom Mai 1920 auscheiden, da eine Stimmenabgabe bei dieser Wahl nicht stattgefunden hat. Es wurde nur eine gemeinsame Liste aufgestellt, die laut Gesetz als gewählt erklärt wurde.

Wahl am	Eingetr. Wähler	Abgegeb. Stimm.	USPD.	SPD.	RRPD.	Partei-lose	Christen
3. 4. 19	5070	4735	2114	2592	—	—	—
24. 7. 19	6862	5935	3184	2718	—	—	—
25. 1. 21	8638	7544	2981	2402	1663	98	314

Auch hier „Fortschritt“ der S.P.D. Zu berücksichtigen ist die Spaltung der U.S.P.D. Bei dem Vergleich der Zahlen kommt aber noch etwas anderes in Betracht. Bei der Wahl am 25. Januar haben erst einmal die Christen den Mut gefunden, eine eigene Liste aufzustellen, sollten aber bei der nächsten Gelegenheit die Bürgerlichen dem Beispiel der Christen folgen, dann — und das steht für alle Eingeweihten fest — arme S.P.D.! Ein besonderes Verdienst der S.P.D.-Führer in der Reichsdruckerei wollen wir aber gern anerkennen. Es ist dies die Tatsache, daß durch die Haltung der S.P.D. zur Frage der Wiederwahl, die Christen einen Sitz im Arbeiterrat erwirkt haben. Besonders kennzeichnend für den Geist eines Teiles der Arbeiterschaft in der Reichsdruckerei ist die Abstimmung in den Segleren. Hier in der Domäne der Stützen des Gaunorstandes und außer zwei Gutenbergsbündlern nur Verbandsmittglieder beschäftigt — und trotzdem 18 Stimmen für die Christen.

Ob dem Rechenlünstler im „Vorwärts“ nach obigen Feststellungen nicht schon vor dem „Fortschritt“ der S.P.D. in der Reichsdruckerei bange wird?

Drohender Streik im Butter-Kleinhandel

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Die Angestellten im Butter-Kleinhandel stehen seit mehreren Wochen in einer Lohnbewegung, da die Löhne mit den heutigen Verhältnissen nicht mehr im Einklang stehen. Die Verkäuferinnen haben heute noch einen Stundenlohn von 1,75 bis 1,90 M., und können mit diesen Löhnen nicht mehr auskommen. Am 26. Januar fand in den Prachstraße in Alt-Berlin eine Versammlung der gesamten Angestellten der Branche statt. Der Referent, Kollege André, gab den vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin gefällten Schiedspruch bekannt. Danach erhöht sich der Stundenlohn auf 1,92 bis 2,25 M. Er schilderte, warum ein so schlechter Schiedspruch für die Angestellten gefällig wurde. Selbst bei den vom Schlichtungsausschuß festgesetzten Gehältern können die Angestellten nicht existieren, und hätten nun darüber zu entscheiden, was geschehen soll. Einkommen wurde der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt und gleichzeitig beschlossen, in allen Betrieben über den Streik abzustimmen. Nach der Stimmung der Anwesenden zu urteilen, wird kaum eine Stimme gegen den Streik sein, und haben nun die Arbeiter zu entscheiden, ob sie gewillt sind, die Verantwortung zu übernehmen.

Maler! In Oberschlesien abstimmungsberechtigte Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Versäumt nicht die Frist zur Anmeldung in die Listen und eure Abstimmungspflicht auszuüben. Der Arbeitgeberverband im Malergewerbe hat beschlossen, den nach Oberschlesien fahrenden Abstimmberechtigten den vollen Lohnausfall für die zur Abstimmung notwendige Zeit zu vergüten. Verband der Maler, Filiale Berlin.

Berliner „Schulreform“

Aus Lehrerkreisen wird uns geschrieben:

Im Schoße der Berliner Verwaltung sind in aller Stille und ungeachtet der zahlreichen entgegenstehenden Beschlüsse von Elternbeiträgen und Elternversammlungen die vorbereitenden Schritte für tiefgreifende Änderungen auf dem Gebiete des Gemeindefchulwesens getan worden. Vom nächsten Ostertermin an sollen nur einmal im Jahre Kinder eingeschult werden. Der Magistrat ist den Beschlüssen der Schuldeputation beigetreten, und mit der praktischen Durchführung kann begonnen werden. Es ist die höchste Zeit, daß die Schulinteressenten, die in dieser Sache anders denken, sich etwas stärker bemerkbar machen angesichts der Tatsache, daß sich ihrer Wünsche und Beschlüsse hinter den Kulissen anscheinend überhaupt niemand angenommen hat. Der von den alten Schulräten mit Herrn Dr. Fischer an der Spitze ausgehende Plan hat jedenfalls an keiner Stelle Widerstand gefunden.

Was steht also auf dem Spiele? Zunächst einmal hat die zweimalige Einschulung, zu Ostern und im Oktober, immer als ein besonderer Vorzug des Berliner Schulwesens gegolten und ist von Eltern und Lehrern in gleicher Weise als solcher geschätzt worden. Sie beseitigen, heißt das Berliner Gemeindefchulwesen in seiner Entwicklung zurückzuführen. Es lohnt nicht, darüber viel Worte zu verlieren. Nur darauf mag hingewiesen sein, welche Wohlthat es gerade für schwächer begabte Schüler bedeutet, wenn auf der ganzen Linie die Möglichkeit besteht, im Falle des Nichterfolgtwerdens das Zurückbleiben auf ein halbes Jahr zu beschränken. In den Zeiten des Landaufenthaltes und der Verschickungen ins Ausland hat diese Möglichkeit an Wert noch gewonnen. Die Unruhe in der Schularbeit und die vielen Störungen des Unterrichts werden in der Lehrerschaft keineswegs auf die zweimalige Einschulung zurückgeführt. Am „mehr Ruhe und Stetigkeit“ wüßten, wie man vorgibt, ist diese Reform nicht vonnöten. Wirklicher wäre in dieser Beziehung vielmehr gewesen, der Herr Stadtschulrat hätte die Gemeindefschulen mit den Kindermassenkonzerten verschont. Aber man beachtigt ja viel mehr als die Beteiligung der zweimaligen Einschulung. Mit dem nächsten ersten April sollen sämtliche Michaelisklassen mit einem Schlage beseitigt werden! Sämtliche M-Klassen sollen auseinandergerissen und auf die vorhandenen oder noch zu bildenden Osterklassen verteilt werden. Merkt Euch das, Ihr Väter und Mütter! Ihr habt bisher geglaubt, daß eine Schule ein Organismus ist und jede Klasse eine organische Arbeitsgemeinschaft sei. Begreift Ihr nun, weshalb die Öffentlichkeit von den Beschlüssen der Schuldeputation und des Magistrats nichts erfahren hat? Man hatte es doch sonst so eilig, die Geschwähigkeit des Nachrichtenamtes in Bewegung zu setzen. Diesmal jagt man freilich nicht ein Feigenblatt, wie die Begabtenhülle, hinter dem man die Armutseligkeit des Schulganges verdecken könnte. Man wird wissen, weshalb Schuldeputation und Magistrat mit ihren Beschlüssen diesmal lieber im Dunkel blieben.

Die Schulräte Dr. Fischer und Engel haben vor längerer Zeit bereits eine Denkschrift zur Begründung des „Reformplans“ erscheinen lassen. Ihr Titel lautet: „Welche Maßnahmen sind nötig, um für die nächsten Jahre den durch starke Abnahme der Zahl der einzuschulenden Kinder gefährdeten Aufbau unserer Gemeindefschulen zu sichern.“ Wohl verstanden: „Zu sichern!“ In dieser Denkschrift wird den Stadtvätern vorgezählt, daß man durch diese „Reform“ bis zum Jahre 1924 zusammen 976 Klassen einstellen könnte, das würden 54 Schulen zu je 18 Klassen sein. Die Absicht, auf diese Art „den Aufbau unserer Gemeindefschulen zu sichern“, geht bis in die letzten Kriegsjahre zurück. Schon damals hatte der Plan, etwa 1400 Klassen aufzulösen, feste Gestalt gewonnen. Ueberhaupt ist das Auflösen von Gemeindefschulen ein Still alter Praxis in der Hauptstadt von Schulpreußen. Der „Vorwärts“, damals das Organ der einflussreichen Sozialdemokratie, hat in den Jahren vor dem Kriege mehrfach darauf hingewiesen, daß, wenn ein Gebäude zu irgendwelchen Zwecken gebraucht wurde, zufällig in demselben Stadtbezirk eine Gemeindefschule überflüssig wurde. Die wurde dann eben abgebaut. Es sei auch der Vergessenheit einmal entrisen, welche Gedanken in der Schuldeputation dabei treibend waren. Unsere Genossen haben nämlich regelmäßig in der Stadtvorordneten-Versammlung gegen die Auflösung von Gemeindefschulen Einspruch erhoben. So bestritten die Genossen Leid und Hitze im September 1913 mit guten Gründen die Notwendigkeit der Auflösung der Gemeindefschule am Tempelhofer Ufer 2. Sie forderten statt der Auflösung für die schwächer begabten Gemeindefschulen die Schaffung von Klassenfrequenzen, wie sie von allen Pädagogen für richtig gehalten werden und wie sie für die höheren Schulen immer als eine Selbstverständlichkeit gegolten haben. Der Stadtschulrat Dr. Fischer vertrat dagegen den Standpunkt, die Gemeindefschulklassen müßten aus pädagogischen Gründen stärker besetzt sein als die Klassen der höheren Schulen. Er führte wörtlich aus: „Es ist etwas anderes, ob es sich um höhere oder um Volksschulen handelt. In der Volksschule ist es durchaus erforderlich, daß die Kinderzahl nicht zu niedrig ist, damit ein Wettstreit zwischen den Kindern ermöglicht werden kann.“ Da haben wir also die Wissenschaft von der besonderen Seele der Volksschüler! Dieser Vorstehende „unserer sachverständigen Deputation“ lud sogar die noch immer ungläubigen Genossen ein, sich in Gemeindefschulklassen von der Tatsache des erhöhten Wettstreits bei harten Klassenfrequenzen zu überzeugen. Von dieser Tatsache wissen wir Volksschullehrer so ganz und gar nichts. Und hätte die „Pädagogische Zeitung“, das Organ des Berliner Lehrervereins, nicht absichtlich diese ungeheuerliche Leugnung der Öffentlichkeit unterzogen, das helle Gemächter der pädagogischen Welt hätte wohl damals dieser „Autorität“ den verdienten Stoß versetzt. Das aber ist die Sorte Sachverständigkeit, die auch in der zur Rede stehenden Denkschrift zur Geltung kommt und der leider der Magistrat geglaubt hat, sich beugen zu müssen. Abbau von Gemeindefschulen! Freiwerdende Räume! Fast kostenlose Neuschöpfungen! So Verdientes verleiht die Denkschrift in den Zeiten des Finanzfalles. Sozialistische Grundzüge erfordert auf dem Gebiete des Schulwesens freilich anderes. Auf diesem Gebiete gibt es keine Art von Neuschöpfungen, die fast kostenlos vor sich gehen könnten, wie die Herren Feigenblattfabrikanten des alten Systems das glauben machen wollen.

Begründet wird die Notwendigkeit dieser Maßnahmen mit dem Sinken der Geburtenziffer während des Krieges, die naturgemäß ein erhebliches Sinken in der Zahl der einzuschulenden Kinder bis zum Jahre 1924 zur Folge hat. Es ist selbstverständlich die Pflicht der Schulverwaltung, sich um diese Dinge zu kümmern, aber die Denkschrift trägt dem Umstande nicht Rechnung, daß die Einschulungsziffer nach 1924 aber Voraussicht nach den Stand der letzten Friedensjahre durchaus erreichen, ja vielleicht übersteigen wird. Die Zahl der Dringlichkeitszüge beträgt für Berlin pro Tag 200 Familien; die Zahl der Einschulungen betrug 1919 rund 28 300 gegen rund 14 000 im Jahre 1916; die Geburtenziffer Neuföllins ist zur Zeit bereits um 1000 höher als im Jahre 1914. Das Sinken der Einschulungsziffer für die Jahre bis 1924 ist also nur eine vorübergehende Erscheinung. Eine Schulverwaltung, die sich ihrer Pflicht bewußt ist, mühte darauf, daß den gesundheitlich so erbärmlichen Kriegskindern wenigstens eine Schulziehung unter vergleichsweise guten Verhältnissen zuteil würde, damit diese Jahrgänge als Produktivkräfte durch ihre Güte dem Lande bereichern können, was ihnen an Zahl gebricht. Die erste Voraussetzung jeder vernünftigen Schulziehung besteht aber in Klassenfrequenzen, die den Anforderungen der Pädagogik entsprechen. Der Versuch, zur Prägelstraße zu greifen, freigt z. B. etwa im Quadrate der Schülerzahl. Auch ist ein störrischer Arbeitsunterricht bei hohen Klassenfrequenzen ein Ding der Unmöglichkeit. Der Züricher Schulmann, Genosse Robert Seidel, fordert für den Arbeitsunterricht eine Klassenbesetzung von 20, die Hamburger Lehrer von 16, der Berliner Lehrerverein (vor dem Kriege) von 25. Diese Zahlen müssen beibehalten genannt werden angesichts der Tatsache, daß im herrlichen Kriegsheere nach dem Etat zur Ausbildung ein Offizier auf 20 und ein Unteroffizier gar schon auf 5 Mann entfällt. Man lasse darum auch schwächer besetzte Gemeindefschulklassen bestehen. In den höheren Schulen sind ja Klassen mit einer Besetzung bis zu zehn herunter keine Seltenheit. In Einzelfällen mag man sehr schwach besetzte Klassen zusammenlegen. Im übrigen benütze man die Jahrgänge schwacher Klassenbesetzung, um recht vielen Lehrern und Lehrerinnen Gelegenheit zu bieten, sich unter günstigen Umständen in die Praxis des Arbeitsunterrichts hineinzufinden. Für „Neuschöpfungen“ und „Sonderaufgaben der Reformpädagogik“ können im Bedarfsfalle die Restortwohngehäuser in Aussicht genommen werden. Deren jegliche Inhaber bringe man möglichst günstig im Tiergartenviertel unter. Dort wohnt die Volksschicht, zu deren Geldbeutel Gunsten an der Berliner Gemeindefschule so schandbar gepart worden ist. Von dauernd freiwerdenden Schulräumen und fast kostenlosen Reformen könnte bei dieser Regelung der Dinge freilich nicht die Rede sein. Wohl aber wäre das ein Stück ehrlicher Arbeit an der Volksschule, wie es einer sozialistisch orientierten Verwaltung anstünde.

Auf keinen Fall läßt sich mit dem Sinken der Geburtenziffer das Auseinanderreißen sämtlicher M-Klassen rechtfertigen, weil eben dieses Sinken der Geburten- und der Einschulungsziffer nur eine vorübergehende Erscheinung ist. Was zur Begründung dessen sonst noch gesagt wird, ist geradezu lässlich. Aber des Pudels Kern ist ja auch etwas anderes: Geld sparen, nach dem Muster der freihändigen Sparpolitik! Diese Sparpolitik, für die Herr Fischer und die Seinen in erster Linie verantwortlich sind, hat schon daran, daß im Berliner Schulwesen aus Mangel an Räumen jede ehrliche Reform geradezu unmöglich scheint. „Etwa 160 Alt-Berliner Schulen haben nur 15 Klassenräume, einige noch weniger.“ Wo ist überhaupt für Entwürfsmöglichkeiten in dieser Beziehung auch nur in etwas vorgesorgt, Herr Stadtschulrat a. D.? Warum hat man die Mahnungen der sozialdemokratischen Stadtvorordneten so gewissenlos in den Wind geschlagen? Der Herr weiß freilich ein probates Mittel, um den Bankrott seiner Schulwirtschaft nicht offenkundig werden zu lassen, den Abbau von Gemeindefschulen engros. Dabei sind die M-Klassen lösend im Wege, und darum sollen sie verschwinden! Hat man erst einmal nur noch Osterklassen, so kann man bequem jederzeit jede Klasse zu jeder anderen und Schule zu Schule schlagen. So entstehen dann die freiwerdenden Räume der Denkschrift, die planmäßig benutzt werden können. So werden die Räume frei für Hortzimmer, Schulküchen, Lehrmittelszimmer, Aufenthaltszimmer für Kinder, Wartezimmer für die Eltern, Kreislehrerbüchereien, Förderklassen, Sonderklassen“ usw. Was aber dann einmal werden soll, wenn nach 1924 die Zahl der Einschulungen die Zahlen der Friedensjahre wieder erreicht oder übersteigt und darum die vorübergehend freigewordenen Räume für die unterrichtliche Tätigkeit im engeren Sinne wieder gebraucht werden, darüber schweigt sich die liebe Denkschrift aus. Die „Neuschöpfungen“ wird man dann nicht wieder ausquartieren können oder wollen. Wohin dann also mit den Kleinen? Für verantwortungslose Desperados ist auch diese Frage einfach zu lösen. Man psopft eben in die Klassen an Arbeiterkindern hinein, was das Zeug halten will, sechzig und mehr. Man läßt dann die Klasse der Gemeindefschüler die Kosten für die „Sonderaufgaben der Reformpädagogik“ entgelten, quasi die Arbeitskraft der Lehrer und Lehrerinnen in überfüllten Klassen bis aufs Letzte aus und schafft den denkbar besten Boden für Schulünden aller Art, für Prägelzellen an erster Stelle, zu deren Bekämpfung die Schulbureaucraten nachher schöne Verfügungen in die Schulhäuser schicken. Werden dann Eltern und Lehrer mit vereinter Stimmmkraft ihrem Unmut Ausdruck geben, so hat man die schönste Gelegenheit, abendrein noch auf den Sozialismus und die sozialistische Verwaltung mit Dreck zu werfen. So sehen, bei Licht besehen, die „fast kostenlosen“ Neuschöpfungen innerhalb des Berliner Gemeindefschulwesens aus. Berliner „Schulreform!“

Zum Schluß noch eine Frage: Wie haben sich zu dem allen die Vertreter der sozialistischen Lehrerschaft in der Schuldeputation verhalten? Es ist schon schlimm genug, daß man diese Frage erst noch stellen muß. Haben sie hinter den Kulissen etwa die Rolle von Helfern und Schmierestchern übernommen oder sind sie alleamt Leute, denen so leicht nichts auffällt? Sie mögen sich vor der Wissenschaft von der besonderen Seele der Volksschüler hüten! Die alte, von Junktopädagogen freie sozialdemokratische Stadtvorordnetenkonstitution hat gerade in ihrer Tätigkeit auf dem Gebiete des Gemeindefschulwesens eine ganz ausgezeichnete Vergangenhait! Es wäre eine Schande, wenn dies Vermächtnis bei der ersten größeren Gelegenheit verwirrwirrt werden sollte. Die bequeme Politik, die immer ein Loch aufmacht, wenn ein anderes geschlossen werden soll, wirkt am erbärmlichsten, wo es sich um die Jugend der arbeitenden Klassen handelt. Sparpolitik im Volksschulwesen ist immer eine Politik im ganz besonderen Interesse der herrschenden Klasse. Diese „Reform“ schlägt jeder gesunden Schulpolitik ins Gesicht. Noch ist es vielleicht Zeit, das ürgste zu verhindern!

Der neue Militarismus

Deutscher Reichstag

Freitag, den 28. Januar 1921.

Nach Erledigung verschiedener Anfragen ergreift Präsident Eöde das Wort über

die Geschäftslage des Hauses.

Der Versteherauschuss schlägt Ihnen nach eingehender Beratung der Geschäftslage vor, heute den Haushalt des Reichswehrministeriums ohne Rücksicht auf die Dauer der Sitzung zu erledigen. (Große Unruhe.) Am Sonnabend soll die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues erledigt werden, sowie der Notetat, die Haftinterpellation und das Betriebsbilanzgesetz. Am Montag sollen die dritte Lesung des Notetats und die Interpellation über Oberschlesien, am Dienstag und Mittwoch der Haushalt des auswärtigen Amtes und die unabhängige Interpellation über den Notenwechsel mit der Entente zur Erledigung kommen. Am Donnerstag folgt die Interpellation über den Mittelstand und ein Antrag auf Einführung eines nationalen Trauertages, am Freitag das Wohnungsgesetz und Reste. Bei dieser Geschäftslage bittet der Versteherauschuss die Redner dringend, nicht länger als ¼ Stunden zu sprechen. Die Bestimmung soll der Revision der Geschäftsordnung nicht vorgreifen und nur für die nächsten Tage gelten.

Abg. Geyer (Komm.) erhebt erregt Widerspruch: Das ist eine Vergewaltigung!

Präsident Eöde: Von Vergewaltigung kann keine Rede sein. Ein Zwang wird nicht ausgeübt, ich bitte also die Herren, die länger sprechen wollen, zur Erleichterung der Geschäftsführung dies dem Präsidium vorher mitzuteilen.

Das Reichswehrministerium

Die Aussprache über den Haushalt des Reichswehrministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Brüninghaus (D. V.): Von einer Bevorzugung der Offiziere kann keine Rede sein, vielmehr sind manche berechtigete Wünsche der Offiziere nicht erfüllt worden. Die sozialdemokratischen Anträge auf Beseitigung des Waffenbeschaffungsmittels und auf Abschaffung des Gerichtsherrn müssen wir entschieden ablehnen. Auch die beantragte Streichung von 4 Generalleutenants lehnen wir ab. Die Regierung muß alles einsehen, um die Freilassung unserer zurückgebliebenen Kriegsgefangenen endlich zu erreichen. Die Politik ist aus Heer und Marine zu verdammen; nur eine unpolitische Wehrmacht ist geeignet, im Innern Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und nach außen Abwehr gegen etwaige Angriffe zu leisten.

Reichswehrminister Geßler: Wir fassen das Diktat der Entente als eine Ausnahmeforderung gegen Deutschland auf, die als dauernde Bestimmung unmöglich ist. Der Gedanke eines Heeres mit 12jähriger Dienstzeit ist bei uns für immer unmöglich. Ebenso wird das 100 000-Mann-Heer den Verhältnissen Deutschlands nicht gerecht. Mehreres ist noch ungeklärt; so die Frage der Abrüstung der Wehrkräfte. Die schwierigste Aufgabe war die Auflösung der Freikorps, für deren Geltingen ich besonders den Arbeiterführern zu Dank verpflichtet bin. Ich war bestrebt, die Reichswehr aus den Bürgerkrieg möglichst herauszuziehen. Das Eingreifen in solchen Fällen ist vor allem Sache der Polizei. (Sehr richtig!) Ich habe es auch bedauert, daß im Fall Pausche Reichswehr eingegriffen hat. Auch die Verhinderung von Streiks kann nicht ihre Aufgabe sein. Die innere Festigung der Reichswehr hat große Fortschritte gemacht. Ich habe keineswegs das Gefühl, zwischen den beiden militärischen Chefs als Hampelmann zu hängen. Die reibungslose Abrüstung ist mir nur durch das absolut loyale Verhalten der Offiziere und Mannschaften ermöglicht worden. Meine militärischen Ratgeber haben mich immer unterstützt. Die Herren haben bewiesen, daß sie beabsichtigen, auch der Republik treu zu dienen. (Der Minister bespricht organisatorische Reformen, die einen größeren Einfluß des Ministeriums auf die einzelnen Abteilungen sichern sollen.) Von unserem Pferdebestand sollen in diesem Jahre wieder Pferde an die Landwirtschaft abgeliefert werden; wesentlich werden sie nicht, wie im vorigen Jahre, zum Teil verwahrt und unterernährt zurückgegeben. Die Unterkunftfrage ist immer noch nicht zur Zufriedenheit der Mannschaften geregelt. Die Bekleidungs-mängel sind endlich behoben. Ich wundere mich, daß Kollege Schöpflin

aus den Ahsellstuden

eine Frage der Republik oder Monarchie gemacht hat. Die Sipo in Preußen hat doch auch Ahsellstuden, sind das etwa keine republikanischen? Ahsellstuden sind doch billiger als andere Abzeichen und werden von den Mannschaften besonders gewünscht. Den Militärministern kann man nicht jedes private Spielchen verbieten. In der Konkurrenzfrage wird sich ein Ausgleich finden lassen. Ich sehe auf dem Standpunkt, daß der Gehorsam die hervorragendste Tugend des Soldaten ist, wobei die Führer mit gutem Beispiel vorangehen müssen. (Lachen links.) Tatsächlich hat die Zahl der Zwischenfälle sehr abgenommen. Es ist so leicht, immer wieder Zwischenfälle zu provozieren. Aber die Sozialisten, die

nach von dem Sozialistengefetz getroffen wurden, werden es doch wohl ablehnen, nun ein Monarchistenausnahmefetz zu erlassen. Ich habe ja die Zeitungsentente der äußersten Linken nie ernst genommen und betrachte die Kommunisten, wie der „Vorwärts“ kürzlich schrieb, mehr als Schafe in Wolfspelzen.

Der General v. Noehl hat sich bei der Reichsgründungsfeier auf einen durchaus lokalen Standpunkt gestellt. General v. Dassel hat sich im Rapp-Pulsch ebenso wenig zu Schulden kommen lassen, wie General von Hülsen. Letzterer sollte von der Kappregierung sogar verhaftet werden. Sein Streikverbot hat er damals auf Anordnung der Reichsregierung erlassen. (Unruhe links.) Von einer Beschließung der Soldatenfriedens im Postkammerlager kann keine Rede sein. Es fand nur eine Schießübung der Artillerie statt, die sich übrigens nicht wiederholen wird. Was die

Häuserkampflübungen in Wüstrow

angeht, so ist dabei bedauerlicherweise ein Wagenführer, der sich zu weit vorgewagt hatte, zu Tode gekommen, weil die Pferde mit dem Wagen durchgingen. Das Bündeweisen ist meiner Ansicht nach eine große Gefahr für das Heer. Verbote habe ich aber nur den Frontbund des Hauptmanns Pfister, der selber von dem Gericht gegen Kaution entlassen worden ist. Mit dem A. F. B. verhalte ich vertrauensvoll zu arbeiten. Als ich aber bemerkte, daß ich in meinem eigenen Hause beschützt wurde, daß Schreibilische erbrochen wurden, daß man sich in Offiziersverammlungen einschlich und ganz verkehrte Dinge darüber berichtete, habe ich energisch durchgegriffen. In meiner Aufgabe, die Kluft zwischen Heer und Volk zu überbrücken, werde ich vor allem von der äußersten Linken gefördert, deren Propaganda auf Wiederherstellung der Soldatenräte abzielt. Nun habe ich hier eine Rede Trostis. (Unruhe b. d. Komm.) Ich stelle fest, daß Trostis auch bei Ihnen (zur äußersten Linken) kein volles Vertrauen mehr genießt. (Große Heiterkeit.) Trostis führt aus, daß es sich nicht mehr verhindern lasse, daß bei militärischen Spezialaufgaben die volle Verantwortung militärischen Spezialisten übertragen werden müsse, denen dann auch die notwendigen Rechte zugestanden werden müßten. Viele Parteiorganisationen aber hätten Angst davor. (Genau wie bei uns! — Heiterkeit.) Rohe Willkür und Unordnung entstehe aber immer dort, wo jemand einen Posten verwalte, dem er nicht gewachsen sei. (Stürmische Zustimmung.) — Unruhe b. d. Komm.) Ich bin der Überzeugung, wenn ich Herrn von Geßler einen Befehl gebe, daß er ihn glatt ausführt. Wir haben eine Fülle praktischer Arbeit, erschweren Sie uns diese nicht, dann werden wir erreichen, daß Volk und Heer eins sind, und daß das deutsche Volk sich sicher weiter entwickeln kann, wie wir es uns wünschen. (Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte.)

Abgeordneter Künstler (U. S. P.):

In früheren Jahren fanden die Beratungen des Militäräretats im Mittelpunkt unseres öffentlichen und politischen Lebens. Wenn in diesen Tagen der erste Reichstag der deutschen Republik den Etat des Reichswehrministeriums beraten soll, so ist das ein Beweis dafür, daß der Militarismus seine Ende November 1918 verlorengegangene Position vollständig zurückerobert hat. Die republikanische Reichswehr, geleitet von Offizieren der ehemaligen kaiserlichen Armee, wird von Tag zu Tag zu einer immer größeren Gefahr für unser Volk. Die Einrichtungen aller bestehenden militärischen Organisationen auf unser Volk sind außen wie innenpolitisch verhängnisvoll. Wenn die rechtssozialistische Fraktion durch den Abgeordneten Schöpflin erklären lasse, sie müsse wohl hier und da Kritik üben, so klang doch klar und deutlich hervor, daß die Fraktion der rechtssozialistischen Partei auch in dieser Zeit der Not unseres Volkes die Militärordenungen für den Militarismus bewilligen wird. Vergessen sind die Worte, die seinerzeit der alte August Bebel in diesem Hause von dieser Stelle aus in seiner Militäräretatsrede vom Februar 1902 gegenüber der rechten Seite des Hauses aussprach. Das, was Bebel sagte, trifft auch heute noch zu.

Wenn wir hier darüber beraten, wie in Zukunft die deutsche Reichswehr aufgebaut werden solle, so muß man doch erst die Frage stellen, welche Bedeutung selbst vom militärwissenschaftlichen, also rein bürgerlichen Standpunkt aus ein Hunderttausend-Mann-Heer überhaupt hat. Ich glaube, keiner ist hier im Hause anwesend, der sagen könnte, daß das Hunderttausend-Mann-Heer zu einem Angriffs- oder für einen Abwehrkrieg zu verwenden sei. Wir brauchen zum Schutz unseres Volkes diese republikanische Reichswehr nicht. Der Schutz unseres Volkes ist begründet

in einer vernünftigen Politik

nach innen und nach außen. (Sehr wahr b. d. U. S.) Es ist nicht nur eine Verschwendung, wenn man fünf Milliarden für diesen neudeutschen Militarismus fordert, sondern noch viel mehr. Die achtmal so starke Friedensarmee des deutschen Reiches besaß 158 000 Pferde. Die Reichswehr verfügt über eine Pferdestärke von weit über 41 000. Ohne Rücksicht auf die finanzielle Lage unseres Landes werden einlaß nur für Veredelung 15 412 900 Mark verlangt. (Hört! hört!) Die Pferde der Reichswehr sind aber nicht dazu da, daß sie an Kinogeschäften als Reispferde

für Filmaufnahmen usw. vermietet werden. Wiederholt hat sich der Verein der Droshknenbesitzer zu Potsdam an das Reichswehrministerium gemeldet. Darauf ist geantwortet worden, die Benutzung von Heerespferden sei den Angehörigen der Reichswehr in demselben Umfang gestattet worden, wie es vor dem Kriege beim alten Heere der Fall war. (Hört! hört! b. d. U. S.) Dagegen müssen wir auf das energischste protestieren. Dadurch werden diese Leute, die im Transportgewerbe beschäftigt sind, arbeitslos. Noch viel schlimmer liegen die Dinge in bezug auf das Transportgewerbe in Berlin. Unter dem 10. Juli 1920 hat die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes eine Eingabe an den Reichswehrminister gemacht, wonach die Reichswehr in wiederholten Fällen Frühleistungen für Private gegen Entgelt ausgeführt hat. Im Interesse der großen Zahl der Arbeitslosen im Fuhrgewerbe war um Zurückziehung der Militärpferde gebeten worden. Eine Antwort hierauf ist dem Transportarbeiter-Verband bis heute noch nicht zugegangen. (Hört! hört! b. d. U. S.) Dasselbe ist der Fall mit einer Eingabe des Zentralverbandes für das Transport-, Handels- und Verkehrsgewerbe. Das ist

eine Wirtschaft, die wir nicht ruhig mit ansehen können.

Schlimm liegen auch die Dinge beim Verkauf von Pferden. Kleinen Landwirten, die für ihren Wirtschaftsbetrieb Pferde kaufen wollen, wird erklärt, daß sie nur nach vorüberiger Beschaffung eines sogenannten Offizierscheines, der, nebenbei bemerkt, 3 bis 4000 M. kostet, Pferde bekommen können.

Eine wahre Verschwendung herrscht auch im Nachrichtenwesen. Keine Fraktion hat den Antrag gestellt, die vier Millionen Mark für besondere Zwecke zu streichen. Dieser Fonds soll zur Beschickung dienen. Ich möchte darüber Auskunft haben. Insgesamt werden für Nachrichtenwesen rund 22 Millionen gefordert, für Futterkosten für 11 300 Tauben 400 500 M., für Futterkosten für 1346 Dienstthiere 835 000 M. Das ist zu einer Zeit, wo zur Bekämpfung der Tuberkulose nur 2 ½ Millionen Mark eingeleistet sind, geradezu ein Verbrechen. Unerantwortlich sind auch die Ausgaben für sogenannte Unterhaltung. Jedes Bataillon soll 24 Mann Küstler bekommen, 109 Musikmeister, insgesamt rund 3000 Musiker im 100 000-Mann-Heer. Das bringt die Gefahr, daß wie vor dem Kriege, auch jetzt wieder die Zivilmusikler durch Militärmeister aus ihren Stellen verdrängt werden. Unerbittlich hoch sind auch die Kosten für die Militärbesatzung. 12 Pfarrer und zwei Feldprediger sind für das Soldatenheer vorgesehen. Dieser Spaß, der mit Artikel 141 der Reichsverfassung in Widerspruch steht, kostet dem deutschen Steuerzahler 601 200 M. Dafür sollten wir

lieber die armen Witwen und Waisen, die Kriegsbeschädigten und Krüppel unterstützen.

(Sehr wahr! links.) Ein direkter Standa ist es, daß man für Beschaffung und Unterhaltung von Sperkleidung allein 5 Millionen Mark fordert. Es muß gefordert werden, daß den Gemeinden mehr Kasernen als bisher zum Ausbau von Wohnungen freigegeben werden. Ein besonderes Kapitel dieses Etats ist auch das Gehalt von 200 Millionen Mark an die Weuterei aus dem Kaputtage.

Der Redner geht im weiteren eingehend auf die reaktionäre, monarchische Stimmung im Offizierskorps der Reichswehr ein. Er beleuchtet vor allem die Hege, die von dem Reichswehr-Offizierskorps gegen den Kaiserverband ehemaliger Berufssoldaten und dem republikanischen Führerband betrieben wird. Es ist sehr charakteristisch, daß Angehörige dieser Organisation aus der Reichswehr hinausgeworfen werden, und zwar besonders ist das in Pommern und Bayern der Fall, wo die Reaktion am stärksten ist. Reichswehr und Dagefall arbeiten Hand in Hand. Das ging deutlich aus einer Rede Eberhards mit dem Korrespondenten einer englischen Zeitung hervor. Die vom Chef der Heeresleitung verlangte Herabminderung der Bewaffnung der Infanterie wird einfach nicht befolgt. In den Meldungen der Truppensteile werden große Mengen von Waffen einfach verschwiegen und versteckt. Ist dem Reichswehrministerium bekannt, daß auf dem Grundstück Königsallee 2, in Villenkolonien Grünwald, 2 Tanks stehen? So sehen die Dinge aus. Wir können dabei kein Vertrauen zum heutigen Wehrministerium und zum heutigen Klassenstaat haben.

Die Reichswehr ist eine Gefahr nach innen und außen.

Wir lehnen daher die 5 Milliarden ab. In einer Zeit, wo Hunderttausende von Männern und Frauen Arbeit suchen, um Brot und Lohn zu bekommen, wo jeder Pfennig verwendet werden sollte, um die Leute zu unterstützen, die als Kriegskrüppel die Opfer der wahnhaften Politik der Rechtsparteien sind, können wir keine Milliarden für einen neudeutschen Militarismus ausgeben, der über kurz oder lang neue Unruhe nach innen und außen hervorrufen muß. Wir wissen ganz genau, daß die Reichswehr im kapitalistischen Klassenstaat stets ein Instrument gegen die Arbeiterklasse sein wird. Erst in der klassenlosen Gesellschaft werden wir keine Reichswehr, keine Polizei mehr brauchen. Die Arbeit schützt sich selbst durch Arbeit. (Lebh. Beifall b. d. U. S.)

Abg. Haas (Dem.): Die alte Armee war ein Erziehungsfaktor ersten Ranges. Was Sie (nach links) dem alten Heer und der Reichswehr zum Vorwurf gemacht haben, das läßt sich auch gegen die rote Armee sagen. Von dem Offizier aber fordern wir unbedingten Respekt vor dem Staat, den er repräsentiert. Wenn die Herren von rechts es für ungebührlich halten, wenn man auf der Uniform den Sowjetstern tragen würde, so gilt dasselbe auch beim Hakenkreuz. Mit eiserner Rücksichtslosigkeit muß gegen

WEISSE WOCHE

Wir bringen in dieser Woche Weisse Waren aller Art zu enorm billigen Preisen zum Verkauf

Beginn Montag den 31. Januar

Heute Vorverkauf

HERMANN TIETZ

Reichwehrgesetz vorgegangen werden, die sich an Wehrlose vergriffen. Die vielen Fälle von Fluchtverdacht, in denen man angeblich zur Waffe greifen mußte, erscheinen doch sehr bedenklich für die Disziplin und den Geist der Reichswehr. Wächte die Leitung der Reichswehr dazu beitragen, die Kluft zwischen Arbeiterschaft und Reichswehr zu überbrücken.

Hg. Däumig (Komm.): Die neue Armee hat sich zu einem Instrument des Arbeiterkampfes entwickelt. Drei Tendenzen waren für diese Schöpfung maßgebend: erstens hat man ein Rahmenheer geschaffen zur Wiederherstellung des deutschen Militarismus und zur Führung eines Revolutionskrieges. Sodann wollte man eine weiße Garde gegen das Proletariat errichten. Schließlich aber brauchte man eine sichere Versorgungsanstalt für die monarchistischen Offiziere. Die Reichswehr ist dreifach als Truppe gegen das Proletariat und wir haben deshalb Ursache, sie mit allen Mitteln zu bekämpfen. Man sucht in der Reichswehr den alten Kadavergehörig zu erhalten. Ein Ueberbleibsel der alten Militärjustiz sind die **Ausnahmegerichte**, die rücksichtslos mißbraucht werden. Wenn die Nachrichten der Presse über eine rote Armee in Deutschland auch nur zum zehnten Teile der Wahrheit entsprächen, so wären Sie, meine Herren, nicht mehr in diesem Hause. Sie brauchen ja nur diese Nachrichten, um selbst illegale Organisationen mit mehr Bewegungsfreiheit aufzurichten und diese vor der Entente rechtfertigen zu können. Die Selbstschutzorganisationen stehen in enger Verbindung mit Reichswehr und Sicherheitspolizeioffizieren. Die in der russischen Armee vorhandenen Berufsbeamten stehen unter der Kontrolle eines politischen Kommissars, der seine Kontrolle ganz anders ausübt als hier Gehier.

Hg. Emminger (Vorz. Sp.): Bei seiner Kritik überläßt Herr Däumig, daß es sich bei dem Zwei-Milliarden-Aufwand für das Fortkriegsheer gegenüber dem Fünf-Milliarden-Aufwand für das heutige Heer in dem einen Falle um Goldmark, in dem anderen Falle um Papiermark handelt. Der Geldgeistliche ist für die Militärfürsorge unbedingt notwendig. (Hört! Hört! links.) Darauf wird die Debatte geschlossen und zur Abstimmung geschritten.

Hg. Roosen (Komm.) zweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses an, während die Kommunisten eilig den Saal verlassen. Präsident Röbe vertagt die Sitzung um 6 Uhr 55 Min. und beiräumt die nächste Sitzung für 7 Uhr an. — Weiterberatung beim Kapitel Marinemat.

(Schluß im Hauptblatt.)

Aus den Organisationen

Sonnabend, den 29. Januar

- 3. Bezirk. Abends 8 Uhr bei Wiemer, Wilmshy. 18. Materialausgabe zu der am Sonntag stattfindenden Flugblätterverteilung.
- 2. Bezirk. Bis 6 Uhr Abteilungen Flugblätter abholen. — Sonntag 9 Uhr vorm. Flugblätterverteilung von den Jahlabendleuten aus. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.
- 4. Bezirk. Abteilungsleiter holen die Flugblätter heute bis 1/2 6 Uhr abends Expedition Sinner, Falkenstraße, ab.
- 5. Bezirk. Abends 5 Uhr Materialabholung bei Schweißardt.
- 14. Verwaltungsbezirk (Brix, Butow, Kubow). Abends 7 Uhr Vorstandssitzung im Rathaus.
- 15. Bezirk. Heute Flugblätter abholen bei Krüger, Puffhüt. 10. Die Bezirksleiter haben bis um 6 Uhr dort einzufinden.
- 16. Bezirk. Abends 7 Uhr Bezirkskonferenz bei Krüger, Puffhüt. 10. Bezirksleiter und Funktionäre müssen die Kirchenaustrittslegitimation mitbringen. Restfälle. Die Mitglieder der Schiedskommission melden sich heute abends zwischen 5 und 7 Uhr beim Genossen Kaufmann.
- Tempelhof. Jeder Bezirksleiter löst sich bis 7 Uhr abends für seinen Bezirk die Flugblätter usw. abholen beim Genossen Wille, Kaiserin-Augusta-Str. 11, 2. Vorl. 1 Z. 1.
- Schöneberg-Bezirk. Heute nachmittags, Expedition, Solentstraße 46, Plafate abholen.
- Eigentlich. Bezirksleiter abends 7 Uhr Flugblätter bei Kampf abholen. — Sonntag vorm. 10 Uhr von den Bezirksleitern aus Flugblätterverteilung. Alle Genossen haben pünktlich zu erscheinen.

Sonntag, den 30. Januar

- 1. Bezirk. Form. 10 Uhr Vorstandssitzung, Diestendstraße. 18. Die Sekretarien zur Kandidatensitzung müssen bestimmt erscheinen.
- 6. Bezirk. Vorm. 9 1/2 Uhr Extravergänder bei Palm, Köpcke-Eds Chertnerstraße. Erscheinen jedes Genossen unbedingt notwendig.
- 11. Bezirk. Morgens 8 Uhr Flugblätterverteilung. Die Genossen haben vollständig in ihren Jahlabendleuten zu erscheinen.

13. Bezirk. Alle Genossen, die sich zur Wahlzelle im 13. Bezirk gemeldet haben, vorm. 8 1/2 Uhr bei Keller, Gohlshofstr. 34.
 Charlottenburg. Nachm. 3 Uhr findet ein Mädchenmittag in der Hindenburgschule, Gueldestraße, statt. Eintrittspreis für Kinder 75 Pf., für Erwachsene 1,20 M.
 Wilmersdorf. Schwabendorfer, Hermann-D. Kollationskommission. Sonntags 10 Uhr bei Kalper (vorm. Schäling), Revenburger Straße. Alle Bezirke müssen vertreten sein.
 Tempelhof. Die Genossen, die an der Kandidatensitzung teilnehmen, treffen sich früh 8,30 Uhr am Bahnhof Mariendorf. Abfahrt nach Jochen 8,45 Uhr.
 H. G. P. D. Bezirksleiter aus dem 2. Verwaltungsbezirk (dazu gehören die Bezirke 16, 17, 18 ganz und der 11. und 12. Bezirk teilweise). Sonntags 10 Uhr in Schulanla Voss-Eds Fährstraße Kellervermittlung sämtlicher Ortsbezirke und deren Ortsleiter. Wichtige Tagesordnung.

Vereinskalender

Sonntag, den 30. Januar

Deutscher Verkehrsband, Abt. Volk, Fernstud. und Telegraphenpersonal für den O. S. D. Bezirk Berlin. Abteilung Telephonie und Telegraphie. Sonntags 9 Uhr in den Müller-Hellmann, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Vorkonferenz. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu der am 6. Februar und folgende Tage stattfindenden Reichskonferenz für das Volk, Fernstud. und Telegraphenpersonal und zu den eingegangenen Beiträgen; 2. Wahl der Delegierten zur Reichskonferenz.
 Deutscher Verkehrsband, Verkehrs-, Ch- und Telephonisten, sowie Funktionäre der Hochgruppe „Metallindustrie“, vorm. 9 Uhr Versammlung im Schultheiß, Neue Fehlf. 24-25. Platzmarkt.
 Deutscher Verkehrsband, Abt. Volk, Fernstud. und Telegraphenpersonal für den O. S. D. Bezirk Berlin. Sonntags 9 Uhr in den Thurnstr. 145 (ehemal. Saal). Tagesordnung: 1. Einleitung — Arbeitsordnung; 2. Stellungnahme zu der am 6. Februar und folgende Tage stattfindenden Reichskonferenz für das Volk, Fernstud. und Telegraphenpersonal und zu den eingegangenen Beiträgen; 3. Wahl der Delegierten zur Reichskonferenz.

Geschäftliches

Auf das heutige Infanterie der Schuhwarenfirma Koch, Klingstraße, machen wir unsere Leser aufmerksam.
 Eine „Weiße Woche“ veranstaltet das Warenhaus Löwenberg, auf dessen Infanterie in der vorliegenden Nummer wir unsere Leser aufmerksam machen.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kabsch, Berlin. Verantwortlich für den Infanterie: Ludwig Komerinet, Berlin. Verlagsgesellschaft „Freiheit“ o. G. m. b. H., Berlin. Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Gute Einsegnungs-Anzüge liefert preiswert

SCHULMEISTER

M. Schulmeister, Herren- und Knaben-Konfektionshaus, Dresdener Straße 4, Kottbuser Tor.

Spezial-Arzt Dr. Schotte für alle Geschlechtskrankheiten, Haut-, Horn-, Frauenleiden, barmhertige Ausfälle, Ausschlag, Manneschwäche, Capillitis, Nachweis in allen u. zweifelsfreien Fällen durch Blutuntersuchung. Komb. von u. Silber-Salicylat-Kuren. Separates Damenzimmer. Im ältesten Kurs Institut „Vöfer“ geöff. 9-1, 4-8, Ctg. 9-1. Rosenthaler Platz.

Dir.: A. Löser sen. Nur Rosenthalerstr. 69-70

Spezial-Arzt Dr. Falt für Geschlechts-, Haut-, Horn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Capillitis-Kuren, Blutuntersuchungen, spec. chron. Harnleid. u. Ausfälle, Nist- u. Finsen-Behandl. in der Heil-Inst. „Vöfer“, Müntzstr. 9 nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8, Sonntags 9-1. Damen separat

Eingraubrot
 macht 10 Jahre alt. Ergrauht Haare erhalten sofort ihre natürliche Farbe. Kein unangenehmer Geruch. In all. Farben erhältlich. Pl. 11, 16 u. 20. Otto Reichel, Berlin 46 Eisenbahnstr. 4

Spulendröhte, 2 x Gebr. kauft Kammer, Eymann, 10.

Bogelleim
 echt Mittel, liefert Ad. Reichel, Dresden / Halle (1870).

Geschlechts-
 kranke haben, wenn alles andere versagt, nachweisbar noch Hilfe im Naturas Institut (Kaiserliche Leitung), Köpenickerplatz (Halle), Kan. 10-1

4-8, Sonn. 11-1. Damenzimmer separat. Jeder Kranke veranlagt Dr. med. Ludwig Komerinet für M. 2,00 im verschloss. Umschlag ohne Aufdruck. Angabe des Leidens erforderlich.

Abgarn groß u. klein. Topfen Futterstoffe kauft Frau. Simeistr. 216 (Nord. 4370).

Möbel auf Bar oder Kredit
 zu den billigsten Preisen und leichtesten Bedingungen. — Eiere auch auswärtig.

Möbel-Groß
 Große Frankfurter Straße 141
 Invalidenstr. 5, Eingang Alkerstr.

Kupfer, Rotguld, Messing, Blei
 kauft
TUTEL,
 Schlotheimer Straße 5.

Wiemer
 Buttenstr. 30
 Mordhaststraße 4, Hof
 Wollantstr. 31, Pantom

Händler gesucht für den Vertrieb aktueller Preislisten Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8/9.

Kupfer
 Messing, Zinn usw.
 Quecksilber, Zehngelbige
 Platin, Gold, Silber
 kauft

Brunnenstr. 11
 Beuffelstr. 29
 Fennstr. 48
 Weidenweg 72

Ich brauche dringend:
 Zinn, Weissmetall
 Kupfer, Messing
 auch für andere Metalle
 Metallhandel Charlottenburg
 Wallstraße 53, Wilhelm 1871.

Werkhaus-Konversations-
 treiben, 16. (Sohn) Auflage in
 17 Halbfederbänden, per Kauf
 Buchhandlung „Freiheit“,
 Breite Str. 8/9.

Möbel
 zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
 Bar- od. Teilzahlung
 bei Kauter Kauf und Abzahlung.

Büro, Wohn- u. Schlafzimmer,
 Herrenzimmer, Speisezimmer
 Ganze Möbel
 Lieferen auch n. auswärtig
 Lagerung kostenlos

Möbel-Gohn
 Or. Frankfurter Str. 58
 5. Mi. u. Max. verpl.
 Filiale: Wabstr. 47-49.
 5. Mi. u. 9. Mi. Gumbert

Wahl erblaudeter Genosse
 empfiehlt sich als Kauterzimmer.
 Jährlich, Kauter, Wiem-
 str. 10.

Blumenstr. 58
 (Hof) Nähe Kraussstraße
 für sämtl. Altmetalle
 höchste Schmelzpreise

Rauher Dank!
 Das scheidt Mittel, das
 Menschen ganz ab. teilweise
 einwirken. Wirkung ver-
 ständlich. Auskunft 10000
 Vert. San. Kritik Gg. Egebrant,
 München R. 21, Kapuzinerstr. 2.

Ein Arzt schreibt
 über die Schrift „Der kleine Samariter“ (Preis 1.50 M.)
 „Diese Zusammenstellung ist tatsächlich ausgezeichnet. Ich glaube, daß diese kleine Schrift manches Gute bewirken wird. Ich kann die Verbreitung derselben empfehlen.“

„Der kleine Samariter“
 ist ein unentbehrliches Taschenbuch für jedermann
 Gegen Einzahlung von 1.50 M. zu beziehen von der
Verlagsgesellschaft „Freiheit“ o. G. m. b. H.
 Abt. Buchhandlung
 Berlin C. 2., Breite Str. 8-9
 Auch durch alle Filialen der „Freiheit“.

Sonnabend, den 29. Januar, beginnt die

WEISSE WOCHE

Eine Verkaufsveranstaltung großen Stils

Wir wollen unser vor einigen Monaten erworbenes Warenhaus, das schönste Warenhaus des Berliner Nordens, in weitesten Kreisen bekannt machen. Unsere Angebote sind daher von **ausserordentlicher Billigkeit** und nicht zu übertreffen. Kommen Sie und überzeugen Sie sich!

Hier nur einige Beispiele:

Damen-Hemden aus Renforcé mit schöner Stickerei	24 ⁷⁵	Damen-Beinkleider	26 ⁵⁰	Damen-Hemden reich verziert	28 ⁵⁰	Damen-Taghemden in eleganten Ausführungen	37 ⁵⁰
Valencien-Einsätze	45 Pf.	Valencien-Spitzen	65 Pf.	Wäsche-Stickerei	1 ⁹⁵	Wäschebändchen	25 Pf.
Kleiderbatist weiß-gestreift, Meter	9 ⁷⁵	Roh-Nessel 85 cm breit, Meter	7 ⁹⁵	Weiß Frotté doppeltbreit, Meter	19 ²⁵	Weiß Cheviot für Kleider und Kostüme	37 ⁵⁰
Weiße Wäschetuche, Meter	9 ⁷⁵	Weiße Louisianauche für Bett u. Leinwäusche, Meter	12 ⁷⁵	Weiße Lakenstoffe ca. 130 cm breit, mit klein. Tischdecken ungeblich, Meter	29 ⁷⁵	Weiße Bettu.hnessel	23 ⁵⁰
Weiße Kinderhüte Südwest, Stück	1 ⁶⁵	Weiße Mützen für Berufskleidung	95 Pf.	Weiße Turnerhosen aus gutem Satin	10 ⁷⁵	Weiße Strümpfe englisch lang	5 ⁷⁵
WeiBes Kleid bestickter Batist elegante Form, St.	79 ⁵⁰	Volle-Kleid mit farb. Stickerei	95 ⁰⁰	Weiße Schalkragen mit Plüschvolant, Stück	95 Pf.	Weiße Maschinengarn Rolle 200m	2 ⁴⁵
				Weiße Wäschebogen	45 Pf.	Weiße Untertailen	11 ⁷⁵

Um unsern neu eröffneten Erfrischungsraum einzuführen, verabreichen wir während der Weißen Woche bei Einkäufen von über 30 M. **Gratis 1 Tasse Bohnenkaffee und 1 Stück Kuchen!**

Warenhaus Julius Loewenberg & Co

Swinemünder Str. 86, Ecke Lortzingstr. 5 Min. vom Ringbahnhof Gesundbrunnen

Straßenbahnverbindungen: Haltestelle Demmler Str. 27, 40, III, G, S, 8, 35, 36, 37, 41, 42, 99